

Sand im Getriebe 19

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

<http://www.attac.de/rundbriefe>

sand.im.getriebe@attac.org

Sturmwolken über Amerika

In diesen Tagen erleben wir, wie die neoliberale Globalisierung durch die USA mit einem imperialistischen Krieg überlagert wird. Das Unheil, das Kriegerherren anrichten, ist schon schlimm genug. – Wir sollten ihnen nicht auch noch den Gefallen tun, angesichts ihrer Kriegsmaschinerie uns von Gefühlen der Erdrückung, der Ohnmacht, der Wut und Verzweiflung beherrschen zu lassen, und damit an Lebendigkeit und Kraft einzubüßen. Was wir brauchen ist *Mitgefühl* mit den Opfern – den Opfern von militärischen Übergriffen und anderer Gewaltakten, nicht nur im Irak – wie auch den Opfern der stillen Bomben des Hungers, mit den Verdammten dieser Erde, mit den Opfern eines chaotischen Weltwirtschaftssystems im Dienste einiger Weniger.

Wir beobachten gegenwärtig das Aufbrechen seit langem schmorender, latenter Widersprüche. Die Weltwirtschaft in aufgestauter Überproduktionskrise; europäische Länder im Widerspruch zu den USA; große Teile der Welt in einem Prozess zunehmender Marginalisierung. Der marxistische Historiker **E. Wallerstein** hat mit seiner „Weltsystemtheorie“ immer eine *räumlich* globale und *zeitlich* Jahrhunderte übergreifende Perspektive in der Analyse globaler Widersprüche angeboten. Er warnt uns angesichts der anstehenden Katastrophen davor, unbewusst die Perspektive der Washingtoner Falken von der Allmacht der USA zu übernehmen. Wallerstein ist nicht der Meinung, dass die USA ein Papiertiger ist, aber er sieht – ähnlich wie Emanuel Todd (im „Spiegel“ 10/03) - eine absteigende Supermacht. Er zeichnet die Entwicklungslinien des letzten Jahrhunderts nach und kommt zu der Schlussfolgerung: „Zweifellos wird der Niedergang der USA sich als entscheidende Kraft in der Weltpolitik während des kommenden Jahrzehnts weiter fortsetzen“.

Stehen wir an einer „Abbruchkante der Zeit“, wie Kant 1789 die Zeit der Französische Revolution kennzeichnete? Die globalen Proteste gegen den Krieg, die Opposition fast der gesamten Weltöffentlichkeit, ja der übergroßen Mehrheit der Staaten der Welt sind ein neues, ermutigendes Phänomen. Denn wir wissen: jegliche Kriegsmaschinerie funktioniert nur so lange, wie Menschen sie überzeugt betreiben oder zumindest dulden. Sonst ist sie nur Schrott.

Die vielen rebellischen Bewegungen in **Lateinamerika**, über die wir in dieser Nummer berichten, sind ein anderes Beispiel einer aufkeimenden „Gegenmacht“. Auch für Europa gilt: aus der Anti-Kriegsbewegung kann eine Stärkung der globalisierungskritischen Bewegung entstehen. Die **Foren** in diesem Frühjahr, der **Gegengipfel gegen das G8-Treffen in Evian** Anfang Juni können wir zu einem weiteren Meilenstein gegen die Herrschaft der „Saigneurs du monde“ (Häscher der Welt) machen. Damit es uns gelingt, brauchen wir strategische Weitsicht und eine ruhige, kluge und herzliche

Entschlossenheit, keine blinde Wut.

Das Redaktion-Team dieser Ausgabe: Marie-Dominique Vernhes und Peter Strotmann (attac Deutschland) • Barbara Waschmann (attac Österreich)

Inhalt

	Überblick über die Artikel	2
Immanuel Wallerstein	DER ADLER IM STURZFLUG	3
Mohssen Massarrat	DAS INNENLEBEN DES „IMPERIUMS“	6
Wissenschaftlicher Beirat	INHALTSVERZEICHNIS DES READERS ZUM IRAK-KRIEG	10
William I. Robinson	STURMWOLKEN ÜBER LATEINAMERIKA	11
Diego Ceballos	BÄUERLICHE AGONIE IM REICH DER UNGLEICHHEIT	14
Glossar und Kontakte	WIDERSTAND GEGEN DIE GLOBALISIERUNG MITTELAMERIKAS	15
Peter Wahl's	FÄLSCHUNGEN, RESENTIMENTS UND SEKTIERERTUM Replik auf Thomas Ebermann	20
	DIE PALÄSTINENSER UNTER BELAGERUNGSZUSTAND	22
ATTAC-Frankreich	ERSTE "MISSION" VON ATTAC FRANKREICH IN PALÄSTINA	23
	. ERSTES ALTERNATIVES WELTWASSERFORUM in Florenz	28
Kongreß in Köln	Dienste ohne Grenzen? GATS, Privatisierung und die Folgen für Frauen	29
Barbara Waschmann	Austrian Social Forum, Hallein, 28. bis 31. Mai 2003	31

Überblick:

1. DER ADLER IM STURZFLUG, Immanuel Wallerstein

Die Pax Americana hat ein Ende gefunden. Die militärischen Auseinandersetzungen in Vietnam, auf dem Balkan, im Nahen Osten und nach dem 11. September haben die Grenzen der amerikanischen Vorherrschaft offenbart. Werden die Vereinigten Staaten bereit sein, still und leise schwächer zu werden, so fragt der marxistische Historiker Immanuel Wallerstein, oder werden sich konservative Kräfte in den USA dem widersetzen und einen allmählichen Niedergang in einen Absturz mit Kollateralschäden verwandeln?

2. DAS INNENLEBEN DES „IMPERIUMS“, Mohssen Massarrat

Ökonomische und hegemonialpolitische Doppelstrategie der USA im Mittleren Osten und im Irak: vier Gründe zum Krieg der USA gegen den Irak

3. USA HAT BEREITS TAUSENDE LEICHENSÄCKE UND SÄRGE NACH SIZILIEN GESCHICKT

bestätigt Erzbischof Renato Martino, der den Papst berät

4. INHALTSVERZEICHNIS DES READERS ZUM IRAK-KRIEG

Der wissenschaftliche Beirat von ATTAC hat in einem ersten Arbeitspapier Analysen der Hintergründe der neuen Kriege des US-Imperiums zusammengetragen

5. STURMWOLKEN ÜBER LATEINAMERIKA, William I. Robinson

Lateinamerika schlittert Hals über Kopf in einen Strudel hinein. Das neoliberale Projekt, das der Region von transnationalen Eliten und ihren Mitspielern vor Ort während der vergangenen zwei Jahrzehnte aufgedrückt wurde, ist im Zusammenbruch begriffen, und die Region versinkt in wirtschaftlichem und politischem Tumult.

6. BÄUERLICHE AGONIE IM REICH DER UNGLEICHHEIT, Diego Ceballos

Zahlen & Fakten aus Mexiko von den Erfahrungen mit der NAFTA (Freihandelszone zwischen USA, Kanada und Mexiko)

7. KONTAKTE IN LATEINAMERIKA

Kontakte zu Organisationen, Initiativen, Netzwerken, die sich in Lateinamerika und USA mit ALCA/FTAA beschäftigen sowie Literaturempfehlungen

8. WIDERSTAND GEGEN DIE GLOBALISIERUNG MITTELAMERIKAS, <http://www.nicaragua-forum.de>

Die Abkürzungen NAFTA, PPP und ALCA/FTAA stehen für Wirtschaftsabkommen, deren Inhalt brisant ist. Es ist der Versuch, per Vertrag das Vorrecht der USA für die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen auf den gesamten amerikanischen Kontinent auszudehnen und die Entmündigung der Menschen in Lateinamerika festzuschreiben.

9. PLAN PUEBLA-PANAMÁ EN DETAIL

Im Rahmen des ALCA/FTAA spielt Plan Puebla-Panamá (PPP) eine bedeutende Rolle. Es soll die inhaltliche Erweiterung und räumliche Ausdehnung des NAFTA-Abkommens auf Gesamt-Lateinamerika unter "militärischer Absicherung" werden.

10. FÄLSCHUNGEN, RESENTIMENTS UND SEKTIERERTUM

Peter Wahl's Replik auf Thomas Ebermann's Diffamierung der ATTAC-Bewegung in der Zeitschrift „Konkret“

11. DIE PALÄSTINENSER UNTER BELAGERUNGSZUSTAND

Das Palästinensische und das Israelischen Notstands-Komitee appellieren an die Weltöffentlichkeit

12. ERSTE "MISSION" VON ATTAC FRANKREICH IN PALÄSTINA

Über Neujahr 2002/2003 bereist ATTAC Frankreich Palästina und bringt einen Stimmungsbericht aus Ramallah mit.

13. ERSTES ALTERNATIVES WELTWASSERFORUM

Florenz, 21.-22. März 2003, <http://www.contrattoacqua.it>

14. DIENSTE OHNE GRENZEN? GATS, PRIVATISIERUNG UND DIE FOLGEN FÜR DIE FRAUEN

Internationaler Kongress Fachhochschule Köln, Mainzer Str.5, 9. bis 11. Mai 2003

15. WIEN: KÜNSTLERINNEN SINGEN FÜR DEN SCHULDENERLASS

Benefiz-CD zugunsten des Schuldenerlasses für die Dritte Welt

DER ADLER IM STURZFLUG

Der Niedergang der US-Hegemonie begann vor dem 11. September 2001 Immanuel Wallerstein

Die Pax Americana hat ein Ende gefunden. Die militärischen Auseinandersetzungen in Vietnam, auf dem Balkan, im Nahen Osten und nach dem 11. September haben die Grenzen der amerikanischen Vorherrschaft offenbart. Werden die Vereinigten Staaten bereit sein, still und leise schwächer zu werden, so fragt der marxistische Historiker Immanuel Wallerstein, oder werden sich konservative Kräfte in den USA dem widersetzen und einen allmählichen Niedergang in einen Absturz mit Kollateralschäden verwandeln?

Die Vereinigten Staaten im Niedergang? Nur wenige Menschen würden heute einer solchen Behauptung Glauben schenken. Die einzigen sind die Falken in den USA, die vehement für eine Politik plädieren, die diesen Niedergang umkehren soll. Doch die Annahme, dass das Ende der US-Hegemonie bereits begonnen hat, leitet sich nicht aus der Verwundbarkeit her, die für alle am 11. September 2001 offensichtlich wurde.

Die Vereinigten Staaten sind als Globalmacht seit den siebziger Jahren im Niedergang begriffen, und die Reaktionen der USA auf die terroristischen Angriffe haben diesen Niedergang lediglich beschleunigt. Ein Verständnis davon, warum die Pax Americana zu Ende geht, erfordert eine Untersuchung der **Geopolitik des 20. Jahrhunderts**, besonders der letzten drei Jahrzehnte. Eine solche Arbeit führt uns notwendig zu der Schlussfolgerung: **Die ökonomischen, politischen und militärischen Faktoren, die zur US-Hegemonie beigetragen haben, sind die gleichen, die unaufhaltsam den kommenden Niedergang der USA hervorbringen werden.**

Hegemonie und Weltsystem

Der **Aufstieg** der USA zur globalen Hegemonie vollzog sich in einem langen Prozess, der in aller Deutlichkeit mit der Weltrezession von 1873 einsetzte. Zu jener Zeit begannen die Vereinigten Staaten und Deutschland, sich stärker auf den globalen Märkten auszubreiten, was hauptsächlich auf Kosten der stetig schwächer werdenden britischen Ökonomie erfolgte. Beide Staaten hatten sich gerade erst eine stabile politische Basis geschaffen - die Vereinigten Staaten mit der erfolgreichen Beendigung des Bürgerkriegs, Deutschland mit der Reichsgründung nach dem Sieg über Frankreich im Französisch-Preußischen Krieg. Von 1873 bis 1914 wurden die Vereinigten Staaten und Deutschland in bestimmten Produktionssektoren führend: die USA in der Stahl- und später in der Automobilproduktion, Deutschland in der chemischen Industrie.

In Geschichtsbüchern ist zu lesen, dass der Erste Weltkrieg 1914 begann und 1918 endete, und der Zweite Weltkrieg von 1939 bis 1945 dauerte. Es ist jedoch sinnvoller, die beiden Kriege als einen einzigen, kontinuierlichen **"Dreißigjährigen Krieg"** zwischen den USA und Deutschland anzusehen, in dessen Verlauf immer wieder Waffenstillstände geschlossen und lokale Konflikte ausgetragen wurden. Die Konkurrenz um die Hegemonialnachfolge nahm 1933 eine ideologische Wende, als die Nazis in Deutschland an die Macht kamen und danach strebten, das globale System vollständig neu zu gestalten. Sie

trachteten nicht danach, die Hegemonie im existierenden System zu erringen, sondern eine Art globales Reich zu errichten. Es sei an die Nazi-Parole vom Tausendjährigen Reich erinnert. Im Gegenzug übernahmen die USA die Rolle des Verfechters eines zentristischen Weltliberalismus - es sei auf die "vier Freiheiten", Freiheit des Wortes, des Glaubens, Freiheit von Mangel und von Angst verwiesen, von denen der frühere US-Präsident Franklin D. Roosevelt sprach - und gingen ein strategisches Bündnis mit der Sowjetunion ein, das den Sieg über Deutschland und seine Verbündeten ermöglichte.

Die Übereinkunft von Jalta.

Das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs war eine enorme Zerstörung, die Verwüstung von Infrastruktur und die Vernichtung von Menschen in ganz Eurasien, vom Atlantik bis zum Pazifik. Kaum ein Land blieb davon unberührt. Die einzige große Industriemacht der Welt, die aus dem Krieg unbeschadet und in ökonomischer Hinsicht sogar **gestärkt** hervorging, waren die Vereinigten Staaten, die flugs daran gingen, ihre Position zu konsolidieren. Die aufstrebende Hegemonialmacht sah sich allerdings mit einigen praktischen Hindernissen konfrontiert. Während des Kriegs hatten sich die Alliierten auf die Gründung der **Vereinten Nationen** geeinigt, die sich hauptsächlich aus den Ländern zusammensetzen sollten, die sich in der Koalition gegen die Achsenmächte zusammengefunden hatten. Der kritische Punkt der Organisation war der Sicherheitsrat, die einzige Institution, die Gewaltanwendung autorisieren konnte. Da durch die UN-Charta fünf Mächten ein Vetorecht eingeräumt worden war - darunter den USA und der Sowjetunion - war der Sicherheitsrat praktisch weitgehend zahnlos. Es war also nicht die Gründung der Vereinten Nationen im April 1945, von der die geopolitische Zurückhaltung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmt wurde, sondern das Treffen von **Jalta** zwischen Roosevelt, dem britischen Premierminister Winston Churchill und dem sowjetischen Staatschef Stalin, das zwei Monate zuvor stattgefunden hatte.

Die formellen Abkommen von Jalta waren weniger wichtig als die informellen, unausgesprochenen Übereinkünfte, die man nur beurteilen kann, wenn man sich das Verhalten der USA und der Sowjetunion in den folgenden Jahren ansieht. Als der Krieg in Europa am 8. Mai 1945 endete, waren sowjetische und westliche (d.h. US-amerikanische, britische und französische) Truppen im Wesentlichen entlang einer Linie im Zentrum Europas aufmarschiert, die fortan Oder-Neiße-Linie genannt wurde. Abgesehen von ein paar kleinen Veränderungen blieben sie dort.

Rückblickend lässt sich sagen, dass Jalta für beide Seiten zur Folge hatte, dass keine Seite Gewalt anwenden würde, um

die andere zu verdrängen. Diese stillschweigende Übereinkunft galt auch für Asien, was sich an der Okkupation Japans und der Teilung Koreas zeigte. Politisch war Jalta daher ein Abkommen über den Status Quo, nach dem die Sowjetunion ein Drittel der Welt und die USA den Rest kontrollierten. Washington sah sich viel größeren militärischen Herausforderungen gegenüber. Die Sowjetunion verfügte über die größten Landstreitkräfte der Welt, während die US-Regierung unter innenpolitischem Druck stand, die Armee zu verkleinern, etwa indem sie die Wehrpflicht abschaffte. Die USA beschlossen daher, ihre militärische Stärke nicht auf Landstreitkräfte zu gründen, sondern auf das Monopol an Atomwaffen (und auf Luftstreitkräfte, die sie würden einsetzen können). Dieses Monopol fand bald sein Ende; 1949 verfügte auch die Sowjetunion über Atomwaffen. Seither haben die USA versucht zu verhindern, dass auch andere Mächte an Atomwaffen (sowie biologische und chemische Kampfstoffe) gelangen, ein Bemühen, das im 21. Jahrhundert als nicht besonders erfolgreich erachtet werden muss.

Antikommunismus.

Bis 1991 koexistierten die USA und die Sowjetunion im "Gleichgewicht des Schreckens" des Kalten Krieges. Dieser Status Quo wurde nur dreimal ernsthaft in Frage gestellt: 1948/49 während der Berlin-Blockade, 1950 bis 1953 im Korea-Krieg und während der kubanischen Raketenkrise von 1962.

Jedes Mal bestand das Ergebnis in der Wiederherstellung des **Status Quo**. Zudem ist festzuhalten, dass immer, wenn die Sowjetunion mit einer politischen Krise eines ihrer Satellitenregimes konfrontiert war - 1953 Ostdeutschland, 1956 Ungarn, 1968 Tschechoslowakei und 1981 Polen -, die USA nicht mehr als propagandistische Anstrengungen unternahmen und es der Sowjetunion erlaubten, zu handeln, wie sie es für richtig hielt. Diese Passivität erstreckte sich freilich nicht auf die ökonomische Ebene. Die USA schlugen aus dem Kalten Krieg Kapital, indem sie wirtschaftliche Rekonstruktionsbemühungen unternahmen, zunächst in Westeuropa und dann in Japan (und auch in Südkorea und Taiwan). Der Grund war offensichtlich. Was nützte eine derart überwältigende Überlegenheit in der Produktion, wenn der Rest der Welt keine effektive Nachfrage zuwege bringen konnte? Zudem half der wirtschaftliche Wiederaufbau, klientelistische Verpflichtungen auf Seiten der Nationen zu schaffen, denen US-Hilfe gewährt wurde. Das Gefühl, den USA verpflichtet zu sein, förderte die Bereitschaft, Militärbündnissen beizutreten und, was noch wichtiger ist, sich politisch ergeben zu verhalten. Schließlich sollte man auch die ideologische und kulturelle Komponente der US-Hegemonie nicht unterschätzen. In der Periode unmittelbar nach 1945 hatte die **Popularität der kommunistischen Ideologie** ihren Höhepunkt erreicht. Heute vergessen wir nur allzu leicht die großen Stimmenanteile, die kommunistische Parteien bei freien Wahlen in Ländern wie Belgien, Frankreich, Italien, in der Tschechoslowakei und Finnland erzielen konnten, ganz zu schweigen von der Unterstützung, die kommunistische Parteien in Asien - in Vietnam, Indien und Japan - sowie in ganz Lateinamerika genossen. Erwähnt sind hierbei noch nicht Länder wie China, Griechenland und der Iran, wo freie Wahlen nicht stattfanden oder Druck auf die Wähler ausgeübt wurde, wo aber kommunistische Parteien eine starke Anziehungskraft hatten. Als Reaktion starteten die USA eine antikommunistische ideologische Offensive. Diese Initiative muss aus heutiger Sicht als

erfolgreich bezeichnet werden.

Washington verkaufte seine Rolle als führende Macht der "freien Welt" mindestens ebenso erfolgreich wie die Sowjetunion ihre Position als führende Kraft im "fortschrittlichen" und "antiimperialistischen" Lager.

Ein, zwei, viele Vietnams

Mit dem Erfolg der Vereinigten Staaten als Hegemonialmacht in der Nachkriegszeit wurden die Bedingungen für den Niedergang dieser Hegemonie geschaffen. Der Prozess verdichtet sich in **vier** symbolischen Stationen: dem Vietnamkrieg, den Revolutionen von 1968, dem Fall der Berliner Mauer und den terroristischen Angriffen vom September 2001. Jedes Symbol setzt das vorangegangene voraus, was in der Situation kulminiert, in der sich die USA derzeit wiederfinden - eine **einsame Supermacht**, der es an tatsächlicher Macht mangelt, eine Führerin der Welt, der niemand folgt und die nur wenige respektieren, und eine Nation, die gefährlich in einem Chaos treibt, das sie nicht kontrollieren kann.

Was war der **Vietnamkrieg**? Erstens und vor allem der Versuch des vietnamesischen Volkes, die Kolonialherrschaft zu beenden und einen eigenen Staat zu gründen. Die Vietnamesen kämpften gegen die Franzosen, die Japaner und die Amerikaner und gewannen schließlich, eine beträchtliche Leistung. Geopolitisch jedoch war der Krieg eine Ablehnung des Status Quo von Jalta durch Bevölkerungen, denen das Etikett Dritte Welt angeheftet worden war.

Vietnam wurde zu einem solch bedeutenden Symbol, weil Washington dumm genug war, seine ganze Militärmacht aufzubieten. Und dennoch haben die USA verloren. Es ist wahr, die USA haben keine Atomwaffen eingesetzt (eine Entscheidung, die bestimmte kurzsichtige Gruppen der Rechten immer wieder kritisiert haben). Ein solcher Einsatz hätte das Abkommen von Jalta zunichte gemacht und zu einem nuklearen Holocaust führen können - eine Folge, die von den USA einfach nicht riskiert werden konnte.

Vietnam bedeutete allerdings nicht nur eine militärische Niederlage oder einen Imageverlust der USA. Mit dem Krieg wurde die Fähigkeit der USA, die dominierende Wirtschaftsmacht der Welt zu bleiben, erheblich geschwächt. Der Konflikt war extrem kostspielig und zehrte mehr oder weniger die US-Reserven auf, die sich seit 1945 angehäuft hatten. Zudem luden die USA diese Kosten auf sich, als Westeuropa und Japan einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebten. Seit den späten sechziger Jahren standen die Mitglieder dieser Triade wirtschaftlich nahezu ebenbürtig da, wobei jeweils ein Mitglied eine Zeitlang im Vorteil war, keines aber weit vorausziehen konnte.

Als **1968** rund um den Globus **Revolutionen** ausbrachen, wurde die Unterstützung der Vietnamesen eine wichtige Komponente. In vielen Straßen rief man "Ein, zwei, viele Vietnams" und "Ho, Ho, Ho Chi Minh", nicht zuletzt auch in den USA. Aber die 68er verurteilten nicht bloß die US-Hegemonie. Sie attackierten die sowjetische Kollusion mit den USA und damit Jalta. Dabei benutzten oder adaptierten sie die Sprache der chinesischen Kulturrevolutionäre, wonach sich die Welt in zwei teilt - die beiden Supermächte gegen den Rest der Welt.

Die Denunziation der sowjetischen Kollusion führte logischerweise zur Ablehnung der Kräfte im Bereich der jeweiligen Nationalstaaten, die eng mit der Sowjetunion verbündet waren, in den meisten Fällen der traditionellen

kommunistischen Parteien. Aber die Revolutionäre von 1968 attackierten auch andere Momente der alten Linken wie nationale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, sozialdemokratische Bewegungen in Westeuropa und die Demokraten des New Deal in den USA, die sie ebenfalls der Kollusion mit dem beschuldigten, was sie im allgemeinen "US-Imperialismus" nannten.

Die Kritik an der sowjetischen Kollusion mit Washington und an der alten Linken schwächte die Legitimität des Abkommens von Jalta, auf dem die USA die Weltordnung aufgebaut hatten. Sie untergrub auch den zentristischen Liberalismus als einzig legitime globale Ideologie. Die unmittelbaren politischen Konsequenzen der Weltrevolutionen von 1968 waren minimal, die geopolitischen und intellektuellen Auswirkungen hingegen enorm und irreversibel. Der zentristische Liberalismus stürzte von dem Thron, den er seit den europäischen Revolutionen von 1848 besetzt und der es ihm ermöglicht hatte, Konservative und Radikale gleichermaßen zu kooptieren. Diese Ideologien kehrten wieder und stellten erneut eine reale Option dar. Die Konservativen konnten wieder Konservative, die Radikalen wieder Radikale werden. Die zentristischen Liberalen verschwanden nicht, verloren aber an Bedeutung. Und deshalb war die offizielle Ideologie der Vereinigten Staaten, antifaschistisch, antikommunistisch und antikolonialistisch zu sein, für einen immer größer werdenden Anteil der Weltbevölkerung fadenscheinig und wenig überzeugend.

Die machtlose Supermacht

Der Beginn der internationalen wirtschaftlichen Stagnation in den siebziger Jahren hatte für die USA und ihre Macht wichtige Konsequenzen. Die Stagnation führte zum Niedergang der Ideologie, deren sich die alte Linke, die damals an der Macht war, mit Vorliebe bediente, nämlich der Vorstellung von "Entwicklung", wonach jede Nation wirtschaftlich aufholen könne, wenn der Staat die angemessenen Maßnahmen ergreife.

Diese Regimes wurden eines nach dem anderen mit innenpolitischen Unruhen, mit sinkendem Lebensstandard, wachsender Verschuldung und der Abhängigkeit von internationalen Finanzinstitutionen sowie schwindender Glaubwürdigkeit konfrontiert. Was in den sechziger Jahren wie eine erfolgreiche Steuerung der Dekolonialisierung durch die USA aussah - die Minimierung störender Momente und die Maximierung der sanften Machtübertragung auf Regimes, die sich der "Entwicklung" verschrieben hatten, aber kaum revolutionär waren -, machte einem Zerfall der Ordnung, schleichender Unzufriedenheit und ungebändigtem Aufruhr Platz. Als die USA zu intervenieren versuchten, scheiterten sie. 1983 entsandte US-Präsident Ronald Reagan Truppen in den Libanon, um dort die Ordnung wieder herzustellen. Die Truppen wurden faktisch zum Abzug gezwungen. Zur Kompensation folgte die Invasion von Grenada, einem Land ohne Armee. Präsident George H.W. Bush ließ seine Truppen in Panama einmarschieren, einem weiteren Land ohne Armee. Bei der Invasion in Somalia, wo ebenfalls die Ordnung wieder hergestellt werden sollte, wurden die USA erneut zum recht schmachvollen Abzug gezwungen. Da die US-Regierung wenig unternehmen konnte, um diesen Trend der schwindenden Hegemonie umzukehren, entschloss sie sich, ihn einfach zu ignorieren - eine Politik, die vom Rückzug aus Vietnam bis zum 11. September 2001 zu einer Konstante wurde.

Veränderte Kräfteverhältnisse.

Unterdessen begannen Konservative, Schlüsselpositionen in staatlichen und zwischenstaatlichen Institutionen unter ihre Kontrolle zu bringen. Die **neoliberale Offensive** der achtziger Jahre war von den Regierungen Thatcher und Reagan sowie vom Aufstieg des Internationalen Währungsfonds (IWF) zum Hauptakteur auf der Weltbühne gekennzeichnet. Wo einst (mehr als ein Jahrhundert lang) konservative Kräfte versucht hatten, sich als die klügeren Liberalen auszugeben, waren nun zentristische Liberale gezwungen, sich als die effektiveren Konservativen zu verkaufen. Die Programme der Konservativen waren klar. Im Innern versuchten sie, eine Politik zu verfolgen, mit der die Kosten der Arbeitskraft gesenkt, Umweltauflagen für die Industrie minimiert und staatliche Sozialausgaben gekürzt werden sollten. Die tatsächlichen Erfolge fielen bescheiden aus, sodass die Konservativen energisch auf das internationale Parkett vordrangen. Bei den Zusammenkünften des World Economic Forum in Davos trafen sich die Eliten und Medien.

Der IWF war ein Club für Finanzminister und Zentralbankdirektoren. Und die USA drängten auf die Schaffung der Welthandelsorganisation, um den freien Güter- und Finanzfluss über alle Grenzen durchzusetzen. Als man in den USA nicht hinsah, **brach die Sowjetunion zusammen**. Ja, Ronald Reagan hatte die Sowjetunion als das "Reich des Bösen" bezeichnet und mit rhetorischem Bombast die Beseitigung der Berliner Mauer gefordert, die USA meinten es aber nicht wirklich ernst und waren gewiss nicht für den Zusammenbruch der Sowjetunion verantwortlich. Die Sowjetunion und ihre osteuropäische Herrschaftszone brachen wegen der weit verbreiteten Desillusionierung über die alte Linke zusammen und auch durch Gorbatschows Bemühen, sein Regime durch die Liquidierung des Abkommens von Jalta und die innenpolitische Liberalisierung ("Perestroika plus Glasnost") zu retten. Gorbatschow hat Jalta erfolgreich liquidiert, jedoch die Sowjetunion nicht gerettet (obwohl, das sei hinzugefügt, es ihm fast gelungen wäre).

In den USA überraschte und erstaunte der plötzliche Zusammenbruch, und man war unsicher, wie man mit den Konsequenzen umgehen sollte. Der Zusammenbruch des Kommunismus bedeutete in der Tat auch das Ende des Liberalismus, wodurch **die einzige ideologische Rechtfertigung für die US-Hegemonie verloren ging**, eine Rechtfertigung, die von den angeblichen ideologischen Gegnern des Liberalismus stillschweigend befürwortet wurde. Dieser Legitimitätsverlust führte direkt zur irakischen Invasion in Kuwait, die der irakische Führer Saddam Hussein nie gewagt hätte, wäre das Abkommen von Jalta noch gültig gewesen. Das US-Vorgehen im Golfkrieg führte zu einer Waffenruhe, die der zu dessen Beginn herrschenden glich. Kann aber eine Hegemonialmacht im Krieg mit einer mittelstarken Regionalmacht mit einem Unentschieden zufrieden sein? **Saddam demonstrierte, dass man sich mit den USA anlegen kann und ungestraft davonkommt**. Mehr noch als die Niederlage in Vietnam hat Saddams dreiste Herausforderung besonders den als "Falken" bekannten Rechten in den USA schwer zugesetzt, was den Eifer erklärt, mit dem sie einen Einmarsch in den Irak und den Sturz des dortigen Regimes fordern.

In der Zeit zwischen dem Golfkrieg und dem 11. September 2001 wurden die Konflikte hauptsächlich auf dem Balkan und im Nahen Osten ausgetragen. Die USA haben in beiden

Regionen eine wichtige diplomatische Rolle gespielt. Rückblickend lässt sich fragen, ob die Ergebnisse anders ausgefallen wären, wenn die USA eine vollkommen isolationistische Position eingenommen hätten. Auf dem **Balkan** ist ein wirtschaftlich erfolgreicher multinationaler Staat, nämlich Jugoslawien, in seine einzelnen Teile zerfallen. Zehn Jahre lang haben die meisten der entstandenen Staaten einen Prozess der Ethnisierung betrieben, der in brutale Gewalt, weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen und offenen Krieg mündete. Die Intervention von außen - bei der die USA führend waren - ermöglichte eine Waffenruhe und beendete die entsetzlichsten Formen der Gewalt, kehrte jedoch die Ethnisierung nicht um, die nun konsolidiert und in gewisser Weise legitimiert ist. Hätten diese Konflikte ohne Einmischung der USA ein anderes Ende gefunden? Die Gewalt hätte vielleicht länger andauert, das Ergebnis aber hätte vermutlich kaum anders ausgesehen. Das Bild im **Nahen Osten** ist noch düsterer. Dort war das US-Engagement stärker und das Scheitern spektakulärer. Auf dem Balkan wie im Nahen Osten konnten die USA ihre hegemonialen Ansprüche nicht effektiv durchsetzen, nicht weil sie es nicht gewollt oder sich nicht bemüht hätten, sondern weil es ihnen an wirklicher Macht mangelte.

Falken ohne Halt

Dann kam der **11. September** - der Schock und die Reaktion. Von der Legislative unter Druck gesetzt, behauptet die Central Intelligence Agency (CIA) nun, sie habe die Regierung Bush vor möglichen Bedrohungen gewarnt. Obwohl die CIA ihr Augenmerk auf al-Qaida richtete und sich auf ihre eigene geheimdienstliche Sachkenntnis verließ, konnte sie die terroristischen Angriffe nicht vorhersehen (und daher auch nicht verhindern). So argumentiert CIA-Direktor George Tenet. Solche Aussagen sind für die US-Regierung oder die Bevölkerung nur ein schwacher Trost. Was auch immer Historiker feststellen mögen, die Angriffe vom 11. September 2001 waren für die Macht der USA eine große Herausforderung. Die für die Angriffe verantwortlichen Personen waren keine Repräsentanten einer wichtigen Militärmacht. Es handelte sich um Mitglieder einer nicht staatlichen Formation mit einem hohen Grad an Entschlossenheit, etwas Geld, einer Gruppe überzeugter Anhänger und einer starken Basis in einem schwachen Staat. Kurzum, militärisch waren sie nichts. Dennoch gelang ihnen ein dreister Angriff auf US-amerikanischem Boden. Als George W. Bush an die Macht kam, war er sehr kritisch gegenüber der Art und Weise, wie die Regierung unter Clinton auf weltpolitischer Ebene handelte. Bush und seine Berater gestanden nicht ein - obgleich es ihnen zweifellos bewusst war -, dass Clintons Amtsführung dem Handeln jedes US-Präsidenten seit Gerald Ford entsprach, Ronald Reagan und George H.W. Bush eingeschlossen. Es entsprach sogar dem Vorgehen der gegenwärtigen Bush-Regierung vor dem 11. September. Man muss sich nur anschauen, wie Bush auf den Abschuss eines US-Flugzeugs vor der chinesischen Küste im April 2001 reagierte, um festzustellen, dass das Motto des Spiels Besonnenheit hieß. Nach den terroristischen Angriffen änderte Bush seinen Kurs, erklärte dem Terrorismus den Krieg, versicherte dem amerikanischen Volk: "Der Ausgang ist gewiss", und machte der Welt deutlich: "Ihr seid entweder für uns oder gegen uns." Selbst von den meisten konservativen US-Regierungen frustriert, bestimmten die Falken schließlich die US-Politik. Ihre Position ist klar. Die USA verfügen über die militärische

Vormachtstellung, und wenn auch zahllose ausländische Regierungschefs es nicht für klug halten, dass Washington die militärischen Muskeln spielen lässt, können sie und werden sie nichts unternehmen, wenn die USA dem Rest einfach ihren Willen aufzwingen. Die Falken sind der Ansicht, die USA sollten aus zwei Gründen als Imperialmacht auftreten: erstens, weil sie niemand daran hindern wird. Und zweitens, wenn Washington nicht seine Macht ausübe, würden die USA marginalisiert.

Strategische Optionen.

Heute bestimmt die Position der Falken **drei Handlungsfelder**: die Militäration in **Afghanistan**, die faktische Unterstützung des **israelischen** Versuchs, die palästinensische Autorität zu liquidieren, sowie die Invasion im **Irak**, die sich, wie berichtet wird, im Stadium der militärischen Vorbereitung befindet. Weniger als ein Jahr nach den terroristischen Angriffen vom September 2001 ist es vielleicht zu früh, um zu beurteilen, was mit diesen Strategien erreicht werden wird. Bislang haben sie zum Sturz der Taliban in Afghanistan geführt (ohne al-Qaida ganz zu zerschlagen oder die Führungsriege gefangen zu nehmen), zu enormen Zerstörungen in Palästina (ohne dass Palästinenserpräsident Arafat "irrelevant" geworden wäre, wie der israelische Premierminister Ariel Sharon das von ihm behauptet) sowie zu erheblicher Opposition der US-Alliierten in Europa und im Nahen Osten gegen die Invasion des Irak.

Die Falken betonen angesichts der jüngsten Ereignisse, die Opposition gegen das Vorgehen der USA sei zwar erheblich, bislang jedoch weitgehend verbaler Natur gewesen. Weder Westeuropa noch Russland, China oder Saudi-Arabien scheinen bereit zu sein, die Verbindungen mit den USA ernsthaft zu gefährden. Mit anderen Worten, die Falken glauben, dass die USA damit durchkommen. Sie gehen davon aus, dass das für ein baldiges militärisches Eingreifen der USA im Irak ähnlich wie auch für spätere Militärationen gelte, sollten die USA ihre Autorität in anderen Teilen der Welt durchsetzen, sei es im Iran, in Nordkorea, Kolumbien oder vielleicht in Indonesien. Die Ironie der Geschichte ist es, dass sich die internationale **Linke**, die gegen die US-Politik anschreit, und zwar vor allem, weil sie fürchtet, dass die Chancen für deren Erfolg gut stehen, die Interpretation der Falken weitgehend zu Eigen gemacht hat.

Die Macht aus den Gewehrläufen.

Die Interpretationen der Falken sind allerdings falsch und werden nur zum Niedergang der USA beitragen, und dazu, den allmählichen Abstieg in einen beschleunigten und turbulenten Sturz zu verwandeln. Und zwar aus militärischen, ökonomischen und ideologischen Gründen. Das **Militär** ist zweifellos der stärkste Trumpf der USA, faktisch ihr einziger. Die USA verfügen derzeit über den gewaltigsten Militärapparat der Welt. Und glaubt man Behauptungen, wonach die USA in Sachen Militärtechnologie unübertroffen sind, ist ihre militärische Dominanz größer als noch vor einem Jahrzehnt. Heißt das aber, dass die USA im Irak einmarschieren, das Land rasch besetzen und ein ihnen freundlich gesinntes, stabiles Regime einsetzen können? Das ist unwahrscheinlich. Es sei daran erinnert, dass von den drei größeren Kriegen, die das US-Militär seit 1945 geführt hat (Korea, Vietnam und am Golf), einer mit einer Niederlage endete und zwei unen-

tschieden blieben - nicht gerade ein glorreiches Ergebnis. Die Armee Saddams ist nicht die der Taliban, und seine Kontrolle über das Militär intensiver. Für eine Invasion wären starke Landstreitkräfte erforderlich, die sich ihren Weg nach Bagdad freikämpfen müssten und vermutlich erhebliche Verluste erleiden würden. Diese Streitkräfte würden Bereitstellungsräume benötigen, und Saudi-Arabien hat deutlich gemacht, dass es dafür nicht zur Verfügung steht. Werden Kuwait oder die Türkei einspringen? Vielleicht, wenn Washington tief in die Tasche greift. Saddam wird unterdessen all die ihm zur Verfügung stehenden Waffen einsetzen. Und die Frage, wie gefährlich diese Waffen sind, bereitet der US-Regierung Kopfschmerzen. Die USA können auf die Regimes in der Region Druck ausüben, doch in der dortigen Öffentlichkeit wird die ganze Angelegenheit als Ausdruck starker antiarabischer Ressentiments in den USA gesehen. Kann ein solcher Krieg gewonnen werden? Der britische Generalstab hat Premierminister Tony Blair offenbar bereits informiert, dass er nicht dieser Ansicht ist.

Und dann existiert stets die Gefahr "zweiter Fronten". Nach dem Golfkrieg bereiteten sich die US-Streitkräfte auf die Möglichkeit von zwei simultan zu führenden Regionalkriegen vor. Nach einer Weile verabschiedete sich das Pentagon still und leise von diesem Konzept, weil es undurchführbar und zu teuer war. Wer kann sich aber sicher sein, dass kein potenzieller Feind der USA zuschlägt, wenn sie im Irak im Schlamassel stecken?

Es gilt, auch die Frage der Aufnahme von Niederlagen in der Öffentlichkeit der USA zu berücksichtigen. Die Amerikaner schwanken zwischen einem patriotischen Eifer, mit dem sie alle Präsidenten in Kriegszeiten unterstützen, und einem starken isolationistischen Impuls. Seit 1945 ist der Patriotismus stets am Ende gewesen, wenn die Zahl der gefallenen Soldaten anstieg. Warum sollte das heute anders sein? Und selbst wenn die Falken (die fast alle keine Militärs sind) für die öffentliche Meinung unzugänglich sein sollten, die Generäle der US-Armee, mit der Erfahrung von Vietnam, sind es nicht.

Und wie sieht es an der **ökonomischen** Front aus? In den achtziger Jahren sind zahllose amerikanische Finanzexperten wegen des japanischen Wirtschaftswunders übergeschnappt. In den neunziger Jahren haben sie sich angesichts der finanziellen Schwierigkeiten der Japaner, über die ausführlich berichtet wurde, wieder beruhigt. Nachdem sie das Tempo des japanischen Fortschritts zunächst überschätzten, geben sich die US-Experten nun selbstzufrieden und sicher, dass Japan weit hinterherhinkt. Heute scheint Washington eher geneigt, japanischen Entscheidungsträgern zu erklären, was sie falsch machen.

Lehren aus der Geschichte.

Ein solcher Triumphalismus ist kaum gerechtfertigt. Nehmen wir den folgenden Bericht aus der New York Times vom 20. April 2002: "In einem japanischen Labor ist der schnellste Computer der Welt entwickelt worden, eine Maschine, die so leistungsfähig ist, dass sie es mit der addierten Verarbeitungskapazität der 20 schnellsten amerikanischen Computer aufnehmen kann ... Diese Entwicklung ... beweist, dass das technologische Wettrennen, das amerikanische Ingenieure zu gewinnen glaubten, noch längst nicht vorbei

ist." In dem Bericht heißt es weiter, dass in den beiden Ländern "divergierende wissenschaftliche und technologische Prioritäten" gesetzt werden.

Der japanische Computer wurde zur Analyse des Klimawandels entwickelt, die US-Computer hingegen dienen der Simulation von Waffen. Dieser Unterschied verweist auf die älteste Tatsache in der Geschichte hegemonialer Mächte. Die vorherrschende Macht konzentriert sich (zu ihrem Nachteil) auf das Militär, der Kandidat für die Nachfolge auf die Ökonomie. Letzteres hat sich stets ganz hübsch bezahlt gemacht. Das war so im Fall der USA. Warum sollte es sich nicht auch für Japan auszahlen, vielleicht in einem Bündnis mit China? Schließlich gibt es noch die ideologische Sphäre. Gegenwärtig ist die US-Ökonomie offenbar relativ schwach, zumal wenn wir die exorbitanten Militärausgaben in Betracht ziehen, die die Strategie der Falken mit sich bringt. Zudem ist Washington **politisch isoliert**. Nahezu kein Staat (außer Israel) ist der Auffassung, dass die Strategie der Falken sinnvoll ist oder einer Ermutigung bedarf. Andere Staaten fürchten sich oder sind nicht willens, sich direkt mit Washington anzulegen, aber selbst ihr Zögern verärgert die USA.

Die USA unternehmen wenig mehr, als arrogant Druck auszuüben. **Arroganz** zeitigt eigene negative Folgen. Geld ausgeben heißt, dass für das nächste Mal weniger Geld zur Verfügung steht, und dauernd sich fügen zu müssen, führt zu wachsendem Unmut. **In den vergangenen 200 Jahren haben die USA einen beträchtlichen moralischen Kredit angehäuft. Derzeit verspielen sie ihn allerdings schneller als die Goldreserven in den sechziger Jahren.**

In den kommenden zehn Jahren bleiben den USA zwei Möglichkeiten. Sie können die Politik der Falken betreiben, mit negativen Folgen für alle, besonders für die USA selbst. Oder man begreift, dass die negativen Folgen zu groß sein werden.

Simon Tisdall schrieb kürzlich im Guardian, dass, selbst wenn man die internationale öffentliche Meinung außer Acht lasse, "die USA nicht in der Lage sind, einen erfolgreichen Krieg gegen den Irak allein zu führen, ohne immensen Schaden zu nehmen, nicht zuletzt im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre Energieversorgung. Mr. Bush kann lediglich verbal auftrumpfen, wirkt allerdings schwach." Und wenn die USA dennoch im Irak einmarschieren und dann zum Rückzug gezwungen werden, werden sie noch schwächer wirken.

Präsident Bushs Optionen sind extrem begrenzt, und zweifellos wird der Niedergang der USA als entscheidende Kraft in der Weltpolitik während des kommenden Jahrzehnts sich weiter fortsetzen. **Die wirkliche Frage ist nicht, ob die US-Hegemonie schwindet, sondern ob die USA einen Weg finden können, um den Niedergang elegant und mit einem Minimum an Schaden für die Welt und sich selbst zu gestalten.**

Aus dem Englischen (Foreign Policy 7/2002) von Jürgen Schneider.

Immanuel Wallerstein ist Professor an der Yale University. In deutscher Übersetzung erschien kürzlich sein Buch „Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts“, Wien: Promedia 2002.

*Jungle World, Bergmannstraße 68, 10961 Berlin, Germany
redaktion@jungle-world.com*

Das Innenleben des „Imperiums“

Ökonomische und hegemonialpolitische Doppelstrategie der USA im Mittleren Osten und im Irak
Mohssen Massarrat

(Ausschnitt aus Das „Imperium“ und der Irak-Krieg, veröffentlicht im Reader „Kritik der Globalisierungskrieger“ des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC-D Bestellung des Readers (3,50) über die Homepage www.attac.de)

Im Mittleren Osten und im Irak geht es den Vereinigten Staaten, wie weitläufig vereinfachend angenommen wird, nicht allein um Öl. Es geht ihnen, wie unten dargelegt wird, um weit mehr. Es geht um ihre rüstungspolitischen Interessen und um ihren monopolistischen Zugriff auf die strategischen Ölreserven der Region.

Erstens soll für die nächsten Dekaden erneut ein weltweites **Billig-Ölpreis-Regime** etabliert werden. Die US-Ökonomie sitzt mehr als jede andere Volkswirtschaft in der **Ölfalle**. Die USA verbrauchen gegenwärtig über 25% der Ölproduktion in der Welt. Billigöl gilt als Lebenselixier des *American Way of life*. Kein US-Präsident traut sich zu, diesen auf Energieverschwendung basierenden Lebensstil anzutasten. Nicht ohne Grund setzten alle US-Regierungen seit der ersten Ölkrise alles daran, eine Ölverknappung zu verhindern, zumal angenommen wird, dass der Ölbedarf der USA bis 2020 um das Dreifache ansteigt. Durch einen Regimewechsel im Irak könnte dessen Ölangebot rasch um 200-250% erhöht und die Ölweltmarktpreise dadurch gesenkt werden. Nicht nur die Ölpreise, sondern die gesamte OPEC geriete so unter Druck. Die **Zerschlagung der OPEC**, zumindest deren Schwächung, gehört durchaus zu den ölpolitischen Zielen der USA. Auf jeden Fall würde **Saudi-Arabien** seine Schlüsselrolle verlieren und sich stärker als bisher dem Öldiktat der USA fügen müssen. Andere OPEC-Staaten hätten keine andere Wahl, als diesem Diktat zu folgen.

Zweitens sparen energieintensive Volkswirtschaften – die USA sind mit einem Pro-Kopf-Energieverbrauch, der doppelt so hoch wie in Europa ist, der energieintensivste Staat der Welt – bei niedrigen Ölpreisen beträchtliche Summen an Energiekosten ein. Da Ölpreise Weltmarktpreise sind, spielt es dabei keine Rolle, ob die USA ihr Öl aus der Persischen Golf-Region oder aus Südamerika beziehen. Irak, Saudi-Arabien und die Golf-Region insgesamt haben wegen ihres Marktanteils jedoch entscheidenden Einfluss auf die Weltmarktpreise. Im Falle eines Krieges gegen den Irak könnte der Ölpreis zwar kurzfristig drastisch ansteigen, danach aber wieder fallen. Bei einer Überproduktion, wie sie nach dem zweiten Golfkrieg bis Ende der 90er Jahre anhielt, könnte der Ölpreis auf 15 oder sogar 10 US-Dollar sinken. Von einem **Preisverfall** würden alle ölimportierenden Staaten profitieren, allen voran die USA wegen ihrer hohen Importmengen. Bei einer Preisdifferenz von beispielsweise 10 US-Dollar je Barrel Öl spart die US-Ökonomie bei dem gegenwärtigen Import von 4,2 Milliarden Barrel *jährlich* über 42 Mrd. US-Dollar. Als Nebeneffekt träte auch eine spürbare **Entlastung bei der US-Zahlungsbilanz** ein, was bei einem Land mit der größten Auslandsverschuldung der Welt durchaus nicht unwichtig wäre.³ Bei Devisen- und Energiekosteneinsparungen dieser Größenordnung ließen

sich die geschätzten Kriegskosten von 100 – 300 Mrd. US-Dollar in wenigen Jahren spielend amortisieren. Die Aufteilung der Ölrente zwischen Produzenten- und Verbraucherstaaten hat während des gesamten 20. Jahrhunderts eine wichtige Rolle gespielt.⁴

Drittens könnten die USA durch die Besetzung Iraks ihre in der Öffentlichkeit kaum registrierte, aber sehr erfolgreiche Strategie, **Petro-Dollar-Einnahmen** der Persischen Golf-Staaten gegen **US-Rüstungsgüter zu recyceln**, weiter ausbauen. Seit der massiven Aufrüstung des Schah-Regimes im Iran durch die USA und nach dem ersten Ölpreissprung 1974 befindet sich der Nahe und Mittlere Osten in einem Teufelskreis des Rüstungswettlaufs, der Gewalteskalation mit zwei Golfkriegen und der anhaltend großen Nachfrage nach Rüstungsgütern. Seit über 25 Jahren gehören die Ölexportstaaten am Persischen Golf zu den größten Waffenimporteuren der Dritten Welt. Der Löwenanteil dieser Importe stammt aus den Vereinigten Staaten.⁵

Viertens und nicht zuletzt geht es um die direkte Kontrolle durch einen monopolistischen Zugriff auf die wichtigsten Ölquellen der Welt, um dieses Monopol wirkungsvoll als **hegemonialpolitisches Instrument**, ganz im Sinne von Brzezinskis „Geopolitik auf dem eurasischen Schachbrett“ einzusetzen, und zwar nicht nur gegen Russland, China und Indien, sondern **auch gegenüber den eigenen Verbündeten, der Europäischen Union**, ganz besonders Deutschland und nicht zuletzt auch Japan, dessen Abhängigkeit von Ölimporten besonders krass ist. Diese heutigen und künftigen ökonomischen Giganten und Konkurrenten der USA würden demnächst über die wachsende Abhängigkeit von knapper werdenden Ölimporten aus der Persischen Golf-Region gleichzeitig auch politisch abhängiger und dadurch auch erpressbarer von jener Macht, die durch ihre direkte militärische Präsenz und den monopolistischen Zugriff auf 65% der Welt-Ölreserven in den Besitz der „Ölwaffe“ gelangten, die sie gegen alle ihre ökonomischen und politischen Rivalen nach Belieben einsetzen könnten.

Entschlossen zum Regimewechsel durch Krieg

Alle diese miteinander verwobenen, öl- und hegemonialpolitischen Ziele können um so leichter erreicht werden, je mehr Ölstaaten die USA in *Greater Middle East* direkt, möglichst auch militärisch, beherrschen. **Ihre Anstrengungen in dieser Richtung sind älteren Datums**. Unter dem Vorwand der sowjetischen Bedrohung zur Besetzung der Ölquellen der Persischen Golf-Region stationierten die USA in den siebziger Jahren im Iran bis zu 40.000 amerikanische Militärberater, die das Land erst kurz vor dem Sturz des Schah-Regimes verließen. Versuche, diesen Verlust durch die Einrichtung von Militärstützpunkten

in Saudi-Arabien wettzumachen, scheiterten zunächst am Widerstand der saudischen Herrscher. Erst nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak gaben die Saudis ihre Bedenken auf und erlaubten den USA die bis dato vehement abgelehnte Errichtung von US-Militärstützpunkten auf ihrem Territorium. Die Indizien für den oft vorgetragenen Verdacht, der machthungrige irakische Diktator könnte mit seiner Kriegsaktion und der Besetzung Kuwaits im Jahre 1990 in eine für ihn gestellte geopolitische Falle der USA geraten sein, verdichten sich allmählich zur Gewissheit. Die Aussagen des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Golfkrieg 1991, General Schwarzkopf: „Die Befreiung Kuwaits von irakischen Truppen war lange vor der irakischen Invasion im Pentagon simuliert worden“, erhärten jedenfalls den Verschwörungsverdacht.⁶

- **Saudi-Arabien** ist mit 25% der Ölreserven der Welt mit Abstand das wichtigste Ölland und immer noch der wichtigste Verbündete der USA am Persischen Golf. Innenpolitisch ist das Land jedoch instabil und auch für die USA nicht mehr ein verlässlicher Bündnispartner. Immerhin stammten 16 von 19 Attentätern des Terroranschlags vom 1. September 2001 aus Saudi Arabien. Sowohl wachsender Antiamerikanismus in diesem Land wie aber auch die Rivalität innerhalb des saudischen Herrschaftssystems veranlassten die USA nach Alternativen Ausschau zu halten, um nicht erneut unvorbereitet mit einer Situation wie nach dem Sturz der Monarchie im Iran im Jahr 1979 konfrontiert zu werden. Daher kommt dem Irak – nach Saudi-Arabien mit den größten Ölreserven der Welt (Anteil 10,7 %) – eine ebenso wichtige Schlüsselrolle für die Kontrolle der Ölquellen der Persischen Golf Region zu wie dem Afghanistan- Pipeline-Projekt für die Kontrolle der Öl- und Erdgasquellen der Kaspischen Meer-Region.⁷

- Nach einem Regimewechsel im Irak und der militärischen Besetzung dieses Landes wären die Vereinigten Staaten in allen Staaten am Persischen Golf und am Kaspischen Meer südlich der russischen Grenze, mit der einzigen Ausnahme des Iran, militärisch direkt präsent. Und nur durch eine direkte militärische Präsenz im Irak erreichen die Vereinigten Staaten ihre bisher unerreichbare geostrategische Stärke, die sie befähigt, alle ihre ökonomischen und hegemonialpolitischen Ziele im eigenen Interesse und gegen den Rest der Welt durchzusetzen. Ein Regimewechsel ohne Krieg im Irak, z.B. durch einen Militärputsch, der die Besetzung Iraks überflüssig machen würde, steht daher nicht an erster Stelle der strategischen Wunschliste der USA. **Die militärische Besetzung ist das wichtige strategische Ziel der US-Irak-Politik.** Die Besetzung Iraks wird, wie die New York Times vom 6. Januar 2003 aus den „streng geheimen“ und seit Monaten vorliegenden Plänen des nationalen Sicherheitsstabs des Präsidenten veröffentlichte, damit begründet „die Integrität des nationalen Territoriums des Irak gegen Separationsbestrebungen zu gewährleisten“. Dass diese Begründung als Vorwand für das eigentlich entscheidende Ziel eines Irak-Krieges rechtzeitig vor Kriegsbeginn lanciert werden würde, um den Sorgen all jener

Rechnung zu tragen, die die Frage, was nach Saddam Hussein geschehen soll, zum entscheidenden Kriterium für ihre Haltung zum Krieg machen⁸, war vorauszusehen.⁹

Nicht auszuschließen ist, dass sich die Angst, durch die Ölwanne stranguliert zu werden, auch mit der US-Geostrategie vermengt. Immerhin scheint eine tief sitzende Angst, ein Opfer des gewalttätigen „Bösen“ zu werden, ein Bestandteil der amerikanischen **Kultur** zu sein. Die mit Abstand höchsten Mordraten in den USA mögen durch diese **Angst** erklärbar sein, die Menschen dazu treibt, Mörder zu werden, um eine vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung durch „Notwehr“ oder – im militärischen Jargon gesprochen – „präventiv abzuwehren.“¹⁰ Berechtigt aber Angst davor, Opfer der Ölwanne zu werden, die USA selbst in den Besitz dieser Waffe zu kommen. Bestünde dann nicht die Gefahr, diese Waffe bei Bedarf gegen Andere zu richten? Es ist höchst zweifelhaft, ob irgend ein Ölstaat oder ob alle Ölstaaten zusammen je die Möglichkeit und die Macht besäßen, ihr Öl für längere Zeit wirksam als Waffe einzusetzen. Sie würden angesichts ihrer monostrukturellen Abhängigkeit von den Öleinnahmen überdies dadurch zu aller erst sich selbst Schaden zufügen. Diesem vor allem durch die USA konstruierten Fall steht dagegen die realistische Gefahr der Ölwanne in der Hand der Vereinigten Staaten gegenüber. Kein Staat dieser Erde wäre je in der Lage, sich gegen diese Bedrohung zur Wehr zu setzen. Spätestens bei diesem Gedanken müssten die Europäer, ob Wirtschaftsbesitzer, konservative Parteien, europäische Finanzminister oder alle jene, die vom Billigöl von Amerikas Gnaden kurzfristig mit profitieren, allmählich anfangen zu begreifen, in welche unheilvolle Gefahrenlage sie sich begeben würden, wenn sie die neue hegemonialpolitische Entwicklung schweigend hinnähmen oder ihr sogar aktiv Vorschub leisteten.

1) Überarbeitete und aktualisierte Fassung des 2. Kapitel aus: Mohssen Massarrat 2003: Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl, Hamburg (VSA) (im Erscheinen).

4) Ausführlicher dazu vgl. Massarrat, Mohssen, 2000: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimapolitik durch Mengenregulierung und neue politische Allianzen, Marburg.

5) Vgl. ausführlicher dazu „Kriege ums Öl im 20. Jahrhundert“, Kapitel 8, in: Massarrat, Mohssen, 2003, a.a.O.

6) Diese Aussage machten General Schwarzkopf und auch andere US-Militärs sinngemäß in der äußerst faktenreichen Filmdokumentation „Die wahre Geschichte des Golfkriegs“, die vom Fernsehsender ARTE am 8. Januar 2003 ausgestrahlt wurde.

7) Ausführlicher dazu vgl. „Der Afghanistan-Krieg“ Kapitel 5, in: Massarrat, Mohssen, 2003, a.a.O.

8) Die Frage, wie die Stabilität im Irak und in der gesamten Region nach der Ära Saddams Hussein zu sichern wäre, spielte bei allen bisher an die Adresse der USA gerichteten Stellungnahmen von Außenminister Fischer eine zentrale Rolle.

9) Vergleiche dazu Massarrat, Mohssen, 2002: „Der Kampf um Ölreserven läuft weltweit auf Hochtouren“, Interview im Osnabrücker Sonntagsblatt vom 27. Oktober 2002.

10) Eine These, die Michael Moore in seinem Film „Bowling for Colombine“ anschaulich belegt.

USA hat bereits Tausende von Leichensäcken und Särge nach Sizilien geschickt

Von Elisabetta Piqué - Korrespondentin in Italien - La Nación, in Grano de Arena 177 veröffentlicht

Dies bestätigte ein den Papst beratender Erzbischof.

Inmitten seiner intensiven diplomatischen Bemühungen, um einen Krieg im Irak, der "einen unglaublichen Verlust an Leben bedeutet", zu vermeiden, gab der Vatikan bekannt, dass in Sigonella, einer US-Militärbasis auf Sizilien 100.000 schwarze Leichensäcke (body bags) und 6000 Särge eingetroffen sind.

Dies bestätigte der Erzbischof Renato Martino, einer der höchsten Papstberater in Fragen von Gerechtigkeit und Frieden, letzten Dienstag in einem Interview mit dem "National Catholic Reporter", einem US-amerikanischen katholischen Seminar. "Ich erfuhr, dass 100.000 Leichensäcke zusammen mit 6000 Särgen nach Signolla gebracht wurden. Diese sind nicht für irakische Soldaten bestimmt! Ebenso gibt es ein schwimmendes Krankenhaus mit 1000 Betten, das sicherlich nicht zur Verpflegung von Soldaten mit kleinen Schürfwunden gedacht ist. Wir sprechen von einer unglaublichen Anzahl an Verlusten von Leben," so Martino, der während 16 Jahren Vertreter des Vatikans vor der UNO war, weshalb er auch die internationale Realität sehr gut einzuschätzen weiß.

15 000 Verluste

"Ich erfuhr ebenso, dass die USA mit einem Verlust von 15 000 US-Soldaten rechnet", bestätigt der päpstliche Berater in Fragen von Gerechtigkeit und Frieden. "Wer auch immer einen Krieg vorbereitet, muss stets den hohen Preis, den die Feinde, das Gebiet, sowie auch Freunde und die eigene Bevölkerung dafür bezahlen, im Auge behalten," betont der Prälat, der sich überzeugt zeigt, dass der Irakkonflikt einen "Anstieg des Terrorismus" und einen "Flächenbrand im gesamten Nahen Osten" nach sich zieht.

Martino, der zu Monatsbeginn einen Präventivkrieg als einen "ungerechten Krieg, eine Aggression" bezeichnete, äußerte sich gestern zu den von Colin Powell vorgelegten Beweisen gegen den Irak folgendermaßen: "Sie erscheinen mir im Gegensatz zu den von den USA 1962 hinsichtlich der Raketenkrise auf Kuba vorgelegten Beweise als nicht überzeugend". Gleichfalls meint der Prälat, dass diese Beweise den UN-Inspektoren im Irak bereitgestellt werden müssen, "damit diese ihre Pflicht erfüllen können."

(...)

Übersetzung: Holger Warm, cooridtrad@attac.org, Ehrenamtliches Übersetzungs-Team

ATTAC-READER:

Kritik der Globalisierungskrieger

Arbeitspapier 1 aus dem wissenschaftlichen Beirat von ATTAC Deutschland

Zu bestellen für 3,50 beim Attac Bundesbüro Münchener Straße 48 60329 Frankfurt/M.Tel.: (069) 900 281 - 10 Fax: - 99 E-Mail: info@attac.de

<i>Birgit Mahnkopf:</i> Mit Apache und F16 zurück ins Mittelalter Zerstörung der modernen Weltordnung durch die US-amerikanische Kriegspolitik.S.3
TEIL I: Zur militärischen Durchsetzung einer unilateralen Weltordnung
<i>Annelie Buntenbach: Globalisierung und neue Kriege</i> S.7
<i>Mohssen Massarrat Über den Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung, Krieg und Hegemonialpolitik</i> S.10
<i>Mohssen Massarrat: Das „Imperium“ und der Irak-Krieg</i> S.16
<i>Wolfgang Fritz Haug: Herrschaft ohne Hegemonie</i> S.19
TEIL II: Zur politischen Ökonomie eines Krieges gegen den Irak
<i>Christoph Scherrer::USA, Westeuropa und der persische Golf Erinnerung an ein öliges Dreiecksverhältnis</i> .23
<i>Elmar Altvater:Die Währung des schwarzen Goldes</i> Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt. S.26
<i>Mohssen Massarrat:Anmerkungen zu Elmar Altvaters Beitrag „Die Währung des schwarzen Goldes“</i> S.29
<i>Rudolf Hickel: Gesamtwirtschaftliche Kosten eines Krieges gegen den Irak: Anschlag auf die Weltwirtschaft</i> S.30
<i>Ingo Schmidt: Öl, Ökologie und neueWeltordnung</i> .S.34
<i>Rolf Bertram: Folgen einer zügellos globalisierten Energiewirtschaft</i> S.36
TEIL III: Über Opfer und Akteure der neuen Kriege
<i>Michael Schneider Amerikanische Paranoia und permanenter Krieg.</i> S.38
<i>H.J. Krysmanski: Akteure der neuen Kriege</i> S.42
<i>Klaus Meschkat Noch ein angekündigter Krieg</i> S.48
<i>Mohssen Massarrat Vorschläge für friedenspolitische Projekte in naher Zukunft</i> S.50

STURMWOLKEN ÜBER LATEINAMERIKA

William I. Robinson, Soziologe an der Universität von Kalifornien, Santa Barbara, und Experte für Globalisierung und Lateinamerika. Sein neuestes Buch „Globaler Kapitalismus und Mittelamerika: Entwicklung und soziale Veränderung im Zeitalter der Globalisierung“ wird im Jahre 2003 von Verso Press herausgegeben werden.

Lateinamerika schlittert Hals über Kopf in einen Strudel hinein. Das neoliberale Projekt, das der Region von transnationalen Eliten und ihrer Mitspieler vor Ort während der vergangenen zwei Jahrzehnte so peinlich genau aufgedrückt wurde, ist im Zusammenbruch begriffen, und die Region versinkt in wirtschaftlichem und politischem Tumult. Eine Krise nach der anderen ist ausgebrochen mit einer Geschwindigkeit, die vor nur einem Jahr noch niemand hätte voraussagen können. Die Revolte in Argentinien, der Bauernaufstand in Bolivien, verhinderte Staatsstriche in Venezuela und Haiti, Aufruhr in den Straßen von Paraguay, Uruguay und Peru, ein Währungsverfall in Brasilien, ein Eskalieren des Bürgerkriegs in Kolumbien... das ist ganz normaler Alltag hier.

Transnationale Eliten vom IWF und dem US Treasury Department hofften, dass die apokalyptische Krise, die in **Argentinien** letzten Dezember ausbrach, auf dieses Land beschränkt werden könnte. Aber die meisten Beobachter sahen den Volksaufstand, der zwischen 2001 und Januar 2002 fünf Regierungen zu Fall brachte als einen Vorboten für die gesamte Region. Ein Jahrzehnt des Neoliberalismus hat die argentinische Volkswirtschaft geschwächt, die Arbeitslosenzahlen von 3 auf 20 Prozent der Bevölkerung hochschnellen lassen und die Zahl der in Armut lebenden Menschen von einer Million auf 14 Millionen hochgetrieben.

Sowohl organisierter Protest des Volkes als auch Gewaltkriminalität haben sich seither in jedem Winkel des Landes ausgebreitet, wodurch manche Regionen unregierbar geworden sind und ein noch nie da gewesenes Machtvakuum entsteht. Präsident Eduardo Duhalde hat beachtliche Mühen auf sich genommen, um die Forderungen des IWF nach einer neuen Runde von Sparmaßnahmen als Vorbedingung für neue Notkredite zu erfüllen. Aber es dauerte nicht lange, bis er erkannte, dass angesichts der andauernden Unruhen im Volk seine gelähmte Regierung jeden Moment gestürzt werden konnte. Er war in den letzten Monaten gezwungen zu bestätigen, dass das Land seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommt, von neuen Abkommen mit dem IWF Abstand zu nehmen und die Wahlen bis zum März nächsten Jahres zu verschieben, also die Krise an seine Nachfolger weiterzureichen.

Wenn Argentinien den völligen Bankrott des Modells von IWF und US-Finanzministerium demonstriert, dann ist die Wahl von Luis Ignacio da Silva („Lula“) und der linken Arbeiterpartei (PT) in **Brasilien** wichtig, weil dies das Ende der herrschenden neoliberalen Ordnung symbolisiert, aber ebenso die Grenzen der parlamentarischen Veränderungen im Zeitalter des globalen Kapitalismus.

Lula, ein ehemaliger Sozialist und militanter Gewerkschaftsführer, ist in drei früheren Wahlkämpfen die Präsidentschaft verweigert worden. Er hat dieses Mal

gewonnen, zum Teil aufgrund der zunehmenden Stärke der Volkbewegung und zum Teil als Resultat der sozialen und wirtschaftlichen Malaise, die die neoliberale Politik des vorigen Regimes unter Präsident Fernando Cardoso gebracht hat.

Aber er wurde auch deshalb gewählt, weil sein Flügel der PT scharf zur politischen Mitte hin gerutscht ist und sich so ausgeweitet hat auf eine gesellschaftliche Basis von Wählern der Mittelschicht, und politische Kräfte der Mitte und sogar von konservativer Seite gewonnen hat, die kein linksgerichtetes Programm unterstützen, aber dennoch nicht dazu bereit sind, den neoliberalen Fallout hinzunehmen. Die PT steht in der Schuld dieser Kräfte, die aller Voraussicht nach ihren Einfluss dazu nutzen werden, die radikalen Initiativen jedes PT-Plans der Regierung im Zaum zu halten. Hinter den Kräften der Mitte und dem konservativen Block in der neuen Regierung steht die Macht des transnationalen Finanzkapitals. Im August, als Brasilien bedroht war von Kapitalflucht und einem rasanten Verfall der nationalen Währung, beruhigte Lula die globalen Finanzmärkte, indem er versprach, nicht in Verzug mit den Schuldentzahlungen zu geraten und indem er seinen Segen gab für einen \$30 Mrd-Kredit des IWF, das die Regierung verpflichtet, Cardosos Anpassungspolitik beizubehalten, und nicht mit den Auslandsschulden des Landes in Verzug zu geraten.

Paraguay und **Uruguay** haben sich auch mit dem „Argentinien-Virus infiziert“. Die Entscheidung des US-Finanzministeriums, Uruguay, dessen Wirtschaft eng mit der Argentinien verbunden ist, vor 2 Monaten einen \$1.5 Mrd Kredit zur Überbrückung zur Verfügung zu stellen, unterstrich exakt, wie groß die Angst Washingtons ist, dass dieses winzige südamerikanische Land, welches organisierte und zunehmend kämpferische Proteste erlebt, seit es sich früher in diesem Jahr mit dem „Virus“ angesteckt hat, den Weg des viel größeren Nachbarn gehen könnte. In Paraguay zeigt die Wirtschaftskrise, die vor sieben Jahren begonnen hat, keine Anzeichen, dass sie wieder zurückgeht. Zunehmende Proteste im September vom Demokratischen Volkskongress (CDP), einer breit gefächerten Koalition von Gewerkschaften, Landarbeitern, Bauern, Indios, linken politischen Organisationen und anderen sozialen Basisbewegungen, zwangen die Regierung von Präsident Gonzalez Machhi, von neoliberalen Maßnahmen Abstand zu nehmen, einschließlich der Privatisierung öffentlicher Dienste und Versorgungsbetriebe. Die **fünf Andenstaaten (Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela)** weiter nördlich versinken auch in Aufruhr. In **Bolivien** verlor der radikale Führer Evo Morales nur knapp bei den letzten Wahlen, die stark beeinflusst waren von US-amerikanischem Druck, der Drohung mit internationalen wirtschaftlichen Repressalien im Falle eines Wahlsiegs von Morales und Betrugsvorwürfen. Aber die Bewegung des Volkes in Bolivien wird es der neuen

Regierung von Präsident Gonzalo Sanchez de Lozada unmöglich machen, den neoliberalen Weg fortzuführen.

Peru und Ecuador stehen auch kraftvollen Bewegungen der einheimischen Bevölkerung und der Bauern, einem wirtschaftlichen Rückgang, steigenden sozialen Unruhen und politischen Konflikten gegenüber.

Währenddessen sind **Mexiko** und **Mittelamerika** alles andere als immun gegenüber ihren Nachbarn. In **Venezuela** haben Präsident Hugo Chavez und sein linksgerichtetes populistisches Projekt Widerstand entfacht: nicht bei den Armen, sondern von Seiten der Mittel- und Oberschichten des Landes, angeführt vom Arbeitgeberverband, Fedecamaras, andersdenkenden Offizieren und den traditionellen politischen Bossen – mit Washingtons nicht ganz so subtiler Unterstützung – eine Situation, die erinnert an Chile unter der sozialistischen Regierung von Salvador Allende (1970-1973).

Den ganzen Oktober hindurch gab es Gerüchte in der venezolanischen Hauptstadt Caracas von Generalstreiks, Gewalt auf der Straße und neuen Verschwörungen. Das Land wurde schnell wieder polarisiert, seit der im letzten April versuchte Staatsstreich innerhalb von 72 Stunden abgebrochen wurde, und Gerüchte über Vorbereitungen zu einem neuen Putschversuch sind weit verbreitet. Mit Kolumbien, das unter seinem neuen autoritären Präsidenten Alvaro Uribe bereits vor einer Eskalation seines Bürgerkriegs steht, könnte die Andenregion in einem transnationalen militärischen Konflikt entflammen, falls in Venezuela ebenso ein Bürgerkrieg ausbrechen sollte – und es sieht immer mehr danach aus.

HINTER DEM AUFRUHR: DER ZUSAMMENBRUCH DES NEOLIBERALISMUS

Hinter all diesem Aufruhr stehen der Zusammenbruch des neoliberalen Modells und eine Neuausrichtung der sozialen und politischen Kräfte überall in Lateinamerika. In den 80-er und 90-er Jahren haben die lateinamerikanischen Länder eine gründliche Restrukturierung und Integration in die globale Wirtschaft unter dem neoliberalen Modell erlebt. Aber das Modell war nicht in der Lage, die Entwicklungskrisen der Region zu lösen und die fragilen bürgerlichen Regierungen, die die Diktaturen früherer Jahre abgelöst haben, sind zunehmend unfähig, die sozialen Konflikte und politischen Spannungen, die von den polarisierenden Effekten des neoliberalen Modells ausgehen, unter Kontrolle zu halten.

Jede akademische Einschätzung hätte den Abstieg der Region in Tumult vorhersagen können. Dennoch haben bis zum Ausbruch der Argentinienkrise im Dezember 2001 transnationale Amtsträger darauf beharrt, dass das neoliberale Modell auf dem richtigen Weg sei und den Aufschwung bringen würde. Sie verwiesen auf den massiven Fluss transnationalen Kapitals in die Region während der Neunziger Jahre und das erneute Wachstum in diesem Jahrzehnt. Aber die überwiegende Mehrheit des Kapitalflusses bestand nicht aus direkten ausländischen Investitionen, die zum Ausbau einer produktiven Basis in der Region beitragen hätte können. Es war größtenteils die Variante „Casino-Kapitalismus“, die mit der globalen Wirtschaft verbunden ist – dem Kauf von Aktien in

privatisierten Firmen, spekulative Investitionen in Finanzdienstleistungen wie Aktien, Fonds, Pensionsfonds und Versicherungen – zusammen mit neuen Krediten.

Die **Auslandsschulden** sind seit den späten Achtzigern und während der neunziger Jahre kontinuierlich gestiegen, von \$230 Milliarden im Jahre 1980 auf \$533 Milliarden im Jahre 1994, auf über \$714 Milliarden in 1997, auf \$793 in 1999, und dann auf über \$1 Billion im 21. Jahrhundert. Zahlungen dieser kolossalen Schuld forderten einen schmerzhaften Tribut von Lateinamerikas öffentlichen Sektoren und verhinderten jede dauerhafte Erholung in den Neunziger Jahren. Argentiniens Zinszahlungen allein fraßen 35,4% der Exporterträge im Jahr 1998 auf. In Brasilien waren es 26,7%, in Ecuador 21,2%, in Nicaragua 19,3%, in Peru 23,7% und in Venezuela 15,3%.

Der vorhersehbare Verlauf ist folgendermaßen: wenn der Druck aus den Schuldentzahlungen den Punkt erreicht, wo die Möglichkeit besteht, in Verzug zu geraten, oder eine Regierung dem Druck nicht länger standhalten kann, wenigstens minimalen sozialen Verpflichtungen nachzukommen, dann setzt sich die Spirale der Krise in Gang. Die Eliten vor Ort stehen zwischen dem Rückzug von transnationalen Investoren und zunehmender Unruhe der armen Massen, die keine weiteren Sparmaßnahmen ertragen können. Der gegenwärtige Fall in die Krise begann in den späten Neunzigern, als der Nettokapitalabfluss einmal mehr den Nettokapitalzufluss überstieg. In Argentinien z.B. konnte die Regierung die Wirtschaft so lange aufrechterhalten wie sie staatliche Vermögenswerte zu veräußern hatte. Sobald sich kein schnelles Geld mehr machen lässt, kann eine Kapitalflucht Länder über Nacht in die Rezession stürzen – und hat es getan.

Der gegenwärtige wirtschaftliche Zusammenbruch ist der dritte in den letzten Jahren, seine Vorgänger waren die „Tequila-Krise“, die 1995 in Mexiko begann, und der Zusammenbruch, der von der asiatischen Kapitalvernichtung 1997 ausgelöst wurde. Aber die gegenwärtige Runde ist anders, da die Gefahr droht, dass der ganze Kontinent von Mexiko bis Chile in diesen Strudel hineingezogen wird, und weil die regionale Krise verbunden ist mit einer Krise der Weltwirtschaft.

Daten von den jährlichen Reporten der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLAC) zeigen hohe Wachstumsraten in einer Handvoll von Ländern, aber Stagnation und Minuswachstum während des größten Teils der letzten vier Jahre. Aber aufschlussreicher sind die Indikatoren der sozialen Kosten der Wirtschaftskrise. ECLAC-Daten zeigen, dass das Pro-Kopf-Einkommen während der Achtziger Jahre, dem sogenannten „verlorenem Jahrzehnt“, im Durchschnitt um 0,9% jährlich gesunken ist, und dann in den Neunzigern, dem angeblichen „Jahrzehnt des Aufschwungs“ im Durchschnitt um 1,5% jedes Jahr gesunken ist. Armut und Entbehrungen haben in den meisten Ländern während der vergangenen 20 Jahre auch zugenommen.

Wellen von spontanen Aufständen sind in den letzten Jahren in fast jedem Land ausgebrochen, ausgelöst von IWF-Anpassungsprogrammen, und haben gewalttätige

Auseinandersetzungen zwischen Regierungen und Demonstranten mit sich gebracht. Die soziale und wirtschaftliche Krise hat bereits den Weg bereitet für ein Ausufer der verzwickten Lage und transnationalen politisch-militärischen Konflikt. Die zivilen Eliten, die Ende des 20. Jahrhunderts die militärischen Regierungen abgelöst haben, und korrupte politische Klassen scheinen ihre Glaubwürdigkeit verloren zu haben. Unklar ist, ob diese fragilen Regierungen den Spannungen der wirtschaftlichen und sozialen Krisen standhalten werden können, ohne selbst zusammenzubrechen. Dieses Panorama lässt vermuten, dass die staatlichen Strukturen, die aufgebaut worden sind, um das neoliberale Programm umzusetzen und vorherrschende Interessen zu schützen, sich jetzt zersetzen, möglicherweise so, dass sie nicht wieder hergestellt werden können.

WAS KOMMT ALS NÄCHSTES?

Was könnte die gegenwärtige politische Ordnung ersetzen? Eine Möglichkeit wäre das brasilianische Modell, wo der Preis des Wahlsiegs und finanzieller Stabilität die Schwächung eines radikalen Programms zugunsten der großen Massen zu sein scheint. Eine andere Möglichkeit ist das Venezuela unter Chavez, welches vielleicht eine neue Art von Populismus darstellt – eine Richtung, in die Argentinien eventuell treibt, und die sich auch anderswo festsetzen könnte, während verzweifelte Eliten versuchen, ihre Legitimität zurückzugewinnen. Die Linke ist tief gespalten, angeschlagen von Kämpfen untereinander, und hat es bestenfalls geschafft, eine andeutungsweise und unvollständige Alternative zum Neoliberalismus zu entwerfen. Aber Basisbewegungen von Arbeitern, Bauern und den Armen haben sich auch stark vermehrt und der Widerstand unter diesen Kräften aus dem Volk ist zunehmend organisiert und richtet sich auf die Verwüstungen des globalen Kapitalismus in der Region.

Wie die sich entwickelnde Krise des Neoliberalismus weitergehen wird, ist unklar. Aber wir können sicher eine neue Runde erwarten von politischer und militärischer Intervention der USA in der Region unter dem Deckmantel

der Kriege gegen „Terrorismus“ und Drogen. Von den USA stark gesponserte Wiederaufrüstung war bereits zur Jahrhundertwende zugange, angefangen beim \$1,3 Mrd Plan Colombia, über den Verkauf moderner Kampfflugzeuge von Washington an Chiles Militär, die Einrichtung einer US Militärbasis in Ecuador, die breit angelegte Bereitstellung von Waffen, Ausrüstung, um gegen Aufständische vorzugehen, und „Anti-Terror“-Übungen für Mexiko, neue multilaterale Interventionsmechanismen, und eine neue Runde von gemeinsamen US und lateinamerikanischen Militärübungen und Trainingsprogrammen quer durch die Hemisphäre.

Die eine oder andere Regierung in der Hemisphäre hat die Landlosenbewegung (MST) in Brasilien, die Zapatistas in Mexiko, die FARC und die ELN Guerilla-Bewegungen in Kolumbien, die Bewegung der indigenen Bevölkerung in Ecuador, die Farabundo Marti Nationale Befreiungsfront in El Salvador, die Sandinisten in Nicaragua und andere legitime Widerstandsbewegungen als „Terroristen“ gekennzeichnet. Der US-Geheimdienst CIA hat die Bewegung der indigenen Bevölkerung, die sich – 510 Jahre nach Beginn der Eroberung – in der gesamten Hemisphäre ausgebreitet hat und oft an vorderster Front der Massenbewegung steht, als „neue Herausforderung der inneren Sicherheit“ identifiziert. Washington richtet zum jetzigen Zeitpunkt sein Augenmerk auf die weit entfernten Länder im Nahen Osten und im südlichen Asien. Aber Kolumbien ist vielleicht das wahrscheinlichste Zentrum von direkter US-amerikanischer Intervention und einem Krieg zur Bekämpfung der Aufständischen in ganz Südamerika.

Anprechpartner für diesen Artikel: Nicola Bullard
N.Bullard@focusweb.org - Focus on the Global South
(FOCUS) - c/o CUSRI, Chulalongkorn University - Bangkok
10330 THAILAND - Tel: 662 218 7363/7364/7365/7383 -
Fax: 662 255 9976 - Web Page <http://www.focusweb.org>

Übersetzer: Petra Harrel und Andreas Lueking, Korrektur :
Bernt Lampe cooriditrad@attac.org ehrenamtliches
Übersetzungsteam

Bäuerliche Agonie im Reich der Ungleichheit

Diego Ceballos

Die 12 Mexikaner, die auf der von der US-amerikanischen Wirtschaftszeitschrift Forbes angefertigte Liste der reichsten Menschen der Welt stehen, besitzen insgesamt Reichtümer, die 4.9% des Bruttoinlandsproduktes ausmachen.

Die brutale soziale Ungleichheit hat die Agrarrevolution zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die ungefähr eine Million Leben gekostet hatte, überlebt, und auch die 71 Jahre unter der Regierung der Partido Revolucionario Institucional (PRI), die sich als Erbin und Verteidigerin dieses Prozesses bezeichnet.

Die bäuerlichen Organisationen, die behaupten die Millionen Nachfahren der Kämpfer in dieser Revolution zu repräsentieren, realisieren seit Ende vergangenen Jahres Mobilisierungen, die von der Regierung unter Vicente Fox einen Notfallplan fordern, um das Land vor dem Ruin zu retten.

Fox, der erste nicht zur PRI gehörige Mandatsträger, der 2000 das Amt übernahm, hat Gespräche mit den Agrarproduzenten und eine Berücksichtigung von deren Forderungen zugesagt. Dies könnte sich Ende der kommenden Wochen konkretisieren.

Die Bauern verlangen eine Neuformulierung der Öffnung des Agrarmarktes in Richtung USA und Kanada durch die Freihandelszone NAFTA (oder TLCAN), die sie als die Hauptursache ihrer Probleme sehen.

Im Januar wurden Gebühren für den Austausch von 21 Agrarprodukten im TLCAN gestrichen, darunter Kartoffeln, Weizen, Äpfel, Zwiebeln, Kaffee, Hühner- und Kalbfleisch. Diese Maßnahme ist Teil des regionalen Integrationsabkommens, das drei Etappen für die Öffnung des Agrar- und Viehhandels vorsieht. Die erste Etappe

begann 1994, als der TLCAN in Kraft trat, die zweite im Januar 2003 und die dritte soll 2008 stattfinden. Víctor Quintana, Forscher an der unabhängigen Universität Chihuahua, einem Grenzstaat zu den USA, bezeichnet die Ungleichheit der Einkommensverteilung und die Armut der mexikanischen Landbevölkerung als eine Zeitbombe, die vom TLCAN geschürt wird. Offizielle Daten geben an, dass 75% der Armut in Mexiko die Landbevölkerung betrifft, wo die Hälfte der 100 Millionen Einwohner unter Armutbedingungen lebt. Studien der Weltbank zeigen, dass die ärmsten 20% der Bevölkerung Mexikos 3,8% der Einkommen ansammeln, während die reichsten 20% der Bevölkerung 55,3% der Reichtümer besitzen. Aber Fox ist nicht der Ansicht, dass die Armut mit dem TLCAN in Beziehung steht, sondern im Gegenteil, dass dieser vorteilhaft für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Verbesserung der Lebensbedingungen des Landes war. Die mexikanischen Exporte sind 1994, als der TLCAN in Kraft trat um 60.882 Dollar, und 2001 um 158.442 Dollar gestiegen, während die Importe im gleichen Zeitraum von 79.345 auf 168.396 gestiegen sind. Für den Historiker Lorenzo Meyer wirkt sich die Öffnung des Handels auf die soziale Bresche und die Armut auf dem Land aus, genauso wie auch die Korruption, die

Konzentration der politischen Macht sowie die falsche Verteilung von Boden. Das oberste Agrargericht, das vor 10 Jahren ins Leben gerufen wurde, gibt an, dass es ungefähr 30.000 Besitzstreitigkeiten über Staats-, Gemeinde-, Agrarsiedlungs- und Privatbesitzgrenzen gibt. Mindestens 1000 Personen sind laut dem staatlichen Instituto Nacional Indigenista (nationales Institut der Indigenas) in der letzten Dekade aufgrund von Agrarkonflikten ums Leben gekommen. Der Consejo Agrario Permanente (ständiger agrarischer Rat), die Hauptorganisation der Bauern in Mexiko, schien sich in den sieben Dekaden unter der Regierung des PRI für diese Partei entschieden zu haben und realisierte keine wichtigen Mobilisierungen. Heute jedoch verbinden sich der Consejo Agrario Permanente und andere unabhängige oder mit der Linken verbundene Gruppen und machen mobil, um von Fox eine Änderung der Politik im Agrarsektor zu fordern. Es ist das erste Mal in 70 Jahren, dass sich die verschiedensten Organisationen der Bauern zusammenschließen, um Mittel zur Rettung der ländlichen Gebiete zu fordern und auch, dass die Regierung anbietet, ihnen zu zuhören, sagt Meyer. „Hier könnte etwas interessantes entstehen“ mutmaßt der Historiker.
<http://www.ipsenespanol.net>, Grano de Arena 177

Einige Informationsquellen über Amerika –Zusammengestellt von Marie-Dominique Vernhes

Die ATTAC-Verbände in Amerika

:Argentinien	http://attac.org/argentina/index.html	Uruguay	http://www.attac.org/uruguay/
Brasilien	http://www.attac.org/brasil/index.html	Quebec	http://attac.org/quebec/
Chile	http://www.attac.cl/		

Die Sozialforen:

ARGENTINA THEMATIC SOCIAL FORUM, 22.8.2002 bis 24.8.2002

http://www.forumsocialmundial.org.br/main.asp?id_menu=11_1_1&cd_language=1

e-mails: Argentina Organizing Committee - forosocialarg@wamani.apc.org

(Bericht von Christophe Aguiton in Grain de Sable Nr. 362)

PAN-AMAZON SOCIAL FORUM, 16. bis 19.Januar 2003

www.fspanamazonico.com.br

e-mails: • Pep Valenzuela - pepvalenzuela@yahoo.com, gtnacional@gta.org.br

• Luis Antônio Papa - cri-pmb@belem.pa.gov.br, luis_antonio_papa@hotmail.com

FÓRUM SOCIAL TEMÁTICO COLÔMBIA, Juni 2003

<http://www.vivalaciudadania.org/todo.htm>

SOCIAL FORUM OF THE AMERICAS, wahrscheinlich Anfang 2004

E-mails: secretaria@fsmecuador.org and fsmcontinental@fsmecuador.org

Frühere Veröffentlichungen über Amerika in „Sand im Getriebe“:

Nr 13 und 14:Venezuela

Nr.12 : Mais genetisch verunreinigt in Mexiko.

Nr.10 Antwort auf das amerikanische Manifest „Gerechter Krieg gegen den Terror“

Nr.9: Neoliberalismus in Lateinamerika und Mexiko/ US-Rezession / Die neuen Sklaven in den USA

Nr.6: Nummer über Argentinien

Nr 5 American way of war

Hinweise auf weitere Organisationen, Veröffentlichungen und Internet-Adressen:

Lateinamerika Nachrichten, Monatszeitschrift Gneisenaustr.2A, 10961 Berlin E-Mail: LN@ipn.de
Heft 323 von Mai 2001: Im Sog des Neoliberalismus, Gewerkschaften in Lateinamerika.
Dieses Heft ist in Zusammenarbeit mit dem Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerk e.V. erstellt worden.

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, ILA, erscheint 10mal im Jahr.
Oscar-Romero-Haus, Heerstr.205 53111 Bonn www.ila-web.de
S. insbesondere das Heft von November 2002 zu ALCA

Poonal, Nachrichten des pool de nuevas agencias de américa latina Yorckstr.59, 10965 Berlin, www.npla.de

Widerstand gegen die Globalisierung

Mittelamerika zwischen NAFTA, PPP und ALCA

Nicaragua-Forum Heidelberg www.nicaragua-forum.de

Können Sie sich etwas unter den Begriffen NAFTA, PPP und ALCA vorstellen? Diese Abkürzungen stehen für Wirtschaftsabkommen, deren Texte den staubigen Charme von Buchhaltungslehrbüchern ausstrahlen. Aber ihr Inhalt ist brisant. Es ist der Versuch, per Vertrag das Vorrecht der USA für die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen auf den ganzen amerikanischen Kontinent auszudehnen und die Entmündigung der Menschen in Lateinamerika festzuschreiben.

Ana Elena Gomez als Vertreterin von Verbraucher-schutzorganisationen aus El Salvador und der Wirtschaftswissenschaftler César Villanova berichteten im Oktober 2002 beim Nicaragua-Forum über die aktuell verhandelten Freihandelsabkommen und Infrastruktur-planungen für Mittelamerika und den Widerstand der Bevölkerung.

Es war einer der größten Erfolge der entstehenden Globalisierungsbewegung, als vor einigen Jahren die Verhandlungen über das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) ohne ein Abkommen beendet wurden. Aber schon damals war absehbar, dass die USA nach dem missglückten Versuch, sich die Ressourcen der Welt per Wirtschaftsabkommen anzueignen, andere Wege zur Durchsetzung ihrer Forderungen beschreiten würden. Inzwischen sind die Schritte für den amerikanischen Kontinent bekannt: Der schon im Juni 1995 von den Wirtschaftsministern der Staaten Lateinamerikas vereinbarte Prozess zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes wurde 2001 über Zoll- und Handelsfragen hinaus erweitert, die den gescheiterten MAI – Verhandlungen entnommen wurden. Und für die den USA näher liegenden mittelamerikanischen Länder bis Panama ist ein Infrastrukturprogramm vorgesehen, das die Infrastruktur dieser Länder an den wirtschaftlichen Bedürfnisse der USA ausrichten soll.

Gesamtamerikanische Freihandelszone ALCA

In einem stark strukturierten System von Verhandlungsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen laufen seit mehreren Jahren die Verhandlungen zur Errichtung der Freihandelszone für die Amerikas. Vertreter der nationalen

Regierungen und der Privatwirtschaft arbeiten hinter verschlossenen Türen an den einzelnen Vereinbarungen, aus denen dann das Freihandelsabkommen bestehen soll. Die Hauptkritik von Organisationen der Zivilgesellschaft ist deshalb anfänglich, dass der gesamte Prozess nicht transparent abläuft und dass außer den Regierungsvertretern nur willkürlich ausgewählte Vertreter der Privatwirtschaft in die Verhandlungen eingebunden seien. Seit nun einige Informationen über die Verhandlungen an die Öffentlichkeit gedrungen sind, ist eine konkretisierte Kritik möglich.

Ja zum Leben, Nein zu ALCA

Nach den bisher bekannt gewordenen Informationen stehen hinter der zu errichtenden Freihandelszone folgende Ziele:

1. Zugang der Privatwirtschaft zu allen Märkten auf dem Kontinent, Abschaffung der Import- und Exportsteuern (Zölle).
2. Als Grundbedingungen des Abkommens werden die Gleichbehandlung aller Unternehmen auf dem Kontinent bei Ausschreibungen und der Vergabe von Aufträgen für Dienstleistungen genannt.
3. Die Unternehmen sollen das Recht auf vollen Gewinntransfer ohne Einschränkungen oder Investitionsverpflichtungen erhalten.
4. Alle Unternehmen des Kontinents sollen das Recht auf freien Zugang zu allen Rohstoffen erhalten.
5. Auf dem gesamten Kontinent sollen die von den USA definierten Patentrechte und Rechte am intellektuellen Eigentum festgeschrieben werden.
6. Als Instanzen zur Klärung von Konflikten zwischen Firmen und Staaten soll kein multinationales Rechtssystem entscheiden, sondern neu zu schaffende private Gerichte auf Grundlage der bestehenden Handelsabkommen.

Aus dem Kreis der 34 beteiligten Länder in Lateinamerika und der Karibik (nur Cuba wurde nicht beteiligt) wenden sich bisher nur 2 Regierungen gegen das Freihandelsabkommen – Brasilien und Venezuela. Brasilien, die neuntwichtigste Ökonomie der Welt, will sich nicht so

einfach der US-Wirtschaft unterordnen und äußert bisher vor allem wegen der subventionierten Agrarexporte der USA große Bedenken. Selbst die großen brasilianischen Produzenten sind gegen die subventionierten US-Exporte nicht konkurrenzfähig.

Dabei ist die Auswirkung von ALCA auf die Agrarwirtschaft Brasiliens nur ein kleiner Teil der US-Interessen. Brasiliens Reichtum an Bodenschätzen, die große biologische Vielfalt des amazonischen Regenwaldes als Grundlage für gentechnische Verwertungen und die riesigen Wasserreserven gelten als die wirtschaftlich interessantesten Ressourcen des Landes. Die Kontrolle über Trinkwasser wird in den kommenden Jahren besondere Bedeutung erlangen. Laut Weltbank wird bis 2025 ein Drittel der Weltbevölkerung (2,6 Mrd. Menschen) über kein Trinkwasser mehr verfügen. Die Privatisierung aller Trinkwasserversorgungssysteme, der hydrologischen Einzugsgebiete und des Trinkwasser-managements verspricht enorme Gewinne.

Es ist deshalb kein Wunder, dass die USA ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Krise im Süden Lateinamerikas, dem Bereich des MERCOSUR hat. Denn die Finanz- und Wirtschaftskrise in Argentinien schwächt auch die Nachbarländer und erhöht den Druck auf Brasilien, sich den US-Forderungen beim ALCA-Freihandelsabkommen unterzuordnen.

Plan Puebla Panama PPP

Das Interesse der USA an Mittelamerika ist ähnlich wie am gesamten Kontinent. Es geht um die Durchdringung der Märkte mit Waren, Geld und Dienstleistungen und die schnelle Rückführung der Gewinne, um die Ausbeutung der bio-genetischen Artenvielfalt (12 % der Biodiversität der Erde befinden sich in den mittelamerikanischen Waldgebieten zwischen Chiapas und Panama), um die Kontrolle über die Wasservorkommen in Tabasco und Chiapas (Mexico) und die Ölressourcen im karibischen Becken. Zu diesen wirtschaftlichen Interessen der USA kommt die geografische Nähe. Mittelamerika bietet sich als nahe gelegene Billig-Produktionsstätte geradezu an. Außerdem bedarf es zusätzlicher Maßnahmen gegen die drohende unkontrollierte Massenabwanderung der arbeits- und perspektivlosen Menschen aus Mittelamerika in die USA. Und die Nutzung von zusätzlichen Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und Westküste über die mittelamerikanische Landbrücke war für die USA schon immer eine Frage der „Nationalen Sicherheit“.

Keine Arbeit mehr für Illegale

Der Plan Puebla Panama (PPP) ist das flankierende Infrastrukturprojekt und Investitionsprogramm zusätzlich zu ALCA. Er wurde zum ersten Mal vom mexikanischen Präsidenten Vicente Fox beim Wirtschaftsgipfel für Mittelamerika in Cancún im Februar 2001 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der PPP hat folgende Ziele:

O Investitionen in die Infrastruktur der Länder Mittelamerikas, in Verkehrsverbindungen (Straßen, Häfen, Kanäle und Eisenbahnlinien) und in die Energieversorgung (Kraftwerke und Hochspannungsleitungen)

O Aufbau von Maquilas (Weltmarktfabriken) entlang der neuen Verkehrsverbindungen, Schaffung von Arbeitsplätzen
O Förderung von Bildung und Gesundheit
O Maßnahmen zum Erhalt der Umwelt und zur Bewusstseinsbildung

O Partizipation der sozialen Bewegungen und Organisationen

Die Prioritäten unter diesen Zielen sind im Finanzplan klar vorgegeben: 96 % aller Gelder sollen in den Ausbau der Verkehrswege fließen.

Mexiko im Zentrum

Es stellt sich die Frage, warum der PPP vor allem durch den mexikanischen Präsidenten vorangetrieben wird und nicht von den USA selbst. Entsprechend seinem politischen Credo verfolgt der frühere Coca Cola - Manager Vicente Fox das Ziel, die natürlichen Ressourcen Mexikos zu privatisieren, darunter auch die Erdölindustrie. Die Privatisierung und Ausbeutung der Wasservorkommen und der Artenvielfalt in den Waldgebieten Mittelamerikas passt ebenso in sein Konzept. Vor allem aber sieht Fox die Chance, sich und die mexikanische Wirtschaft als Mittler und Verbindungsglied zu etablieren.

Die Erfahrungen der Bevölkerung und der Wirtschaft in Mexiko mit dem Freihandelsabkommen NAFTA sind eindeutig. Vor allem die Kleinindustrie war dem Kostendruck nicht gewachsen, 200.000 Kleinbetriebe gingen in Konkurs. Wo früher für die Produktion noch 90 % Rohstoffe aus nationaler Produktion verwendet wurden, sind es nach NAFTA nur noch 40 %. In der Landwirtschaft gingen sehr viele Arbeitsplätze verloren, in der Industrie wurden Löhne und Gehälter gekürzt. Nur wenige internationale Firmen profitierten vom freien Warenaustausch mit den USA.

Etikettenschwindel Umweltschutz

Bei den wohlklingenden Bezeichnungen des Plans handelt es sich entweder um eine reine Feigenblattfunktion, oder aber es ist die Umschreibung von marktwirtschaftlicher Durchdringung der natürlichen Ressourcen. Von dem ‚mittelamerikanischen Korridor zum Schutz der Umwelt und Erhaltung der Artenvielfalt‘ genannten Programm sind 7,5 Mio. Indigenas betroffen. Die Schutzzonen drohten unter dem Vorwand der Bewahrung und des Managements der Biodiversität zu einem Eldorado der Biopiraterie zu werden. Ein großer Teil der Organisationen, die sich für die Schutzzonen engagieren, (Privatinvestoren, sog. Umweltschutz-NGOs und Gen-Giganten wie Monsanto, Syngenta, Pulsar etc.), hat wirtschaftliche Interessen an der Ausbeutung und Patentierung der vorhandenen Pflanzen oder einzelner Gene daraus. Beispiele dafür sind der Pozól und eine ganze Palette des mexikanischen Maises. Für die indigene Bevölkerung bedeutet dies, dass sie ihren traditionellen Mais nur noch dann aussäen darf, wenn sie das Saatgut zu hohen Preisen von einem Saatgutmulti kauft – natürlich in genverändertem Zustand. Auch die bundesdeutsche Entwicklungshilfe ist durch die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ und die Finanzierung der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW in ein Gemeinschaftsprojekt in Mittelamerika eingebunden, um „eine ökonomisch attraktive nachhaltige Nutzung der Biodiversität zu gewährleisten“.

Widerstand gegen PPP und ALCA

Auf mehreren Konferenzen haben sich inzwischen Bauern-, Umwelt-, Verbraucher- und soziale Organisationen aus Mittelamerika mit den drohenden Auswirkungen von ALCA und PPP auseinandergesetzt. Das dritte mittelamerikanische Forum zum Plan Puebla Pamana (PPP) fand vom 16.-18. Juli in Managua statt und hatte über 1.000 Teilnehmer aus ganz Mittelamerika. Auch wenn sich bisher noch kaum jemand alle Auswirkungen der Realisierung dieser Planungen und Wirtschaftsabkommen vorstellen kann, war die Schluss-erklärung eindeutig: „Wir akzeptieren Integration“, hieß es in der Abschlusserklärung, „aber nicht auf diese Weise, dass die internationalen Konzerne und einige wenige lokale Vertreter reich werden können, während die verarmte Mehrheit immer weiter in Schulden und Verzweiflung versinkt“.

In El Salvador nutzten Bauern- und Verbraucherorganisationen den 12. Oktober, an dem traditionell die Entdeckung durch die Spanier gefeiert wird, zu Blockaden und Straßensperrungen im ganzen Land. Dezentral wurden an dutzenden von Orten für einige Stunden Straßen und Brücken gesperrt und Zollstationen blockiert. Die Proteste wurden vor allem vom Kooperativendachverband CONFRAS vorbereitet, zu dem das Nicaragua-Forum seit längerem Kontakt hält. So hatten wir verschiedene Hilfsaktionen für Agrarkooperativen nach den Erdbeben im letzten Jahr über CONFRAS abgewickelt.

Der Widerstand gegen Freihandel und Globalisierung in Mittelamerika hat erst begonnen. Nach den Erfahrungen mit den Strukturanpassungsmaßnahmen von IWF und Weltbank wird für die Menschen immer deutlicher, dass auch positiv erscheinende Infrastrukturmaßnahmen schlimme Auswirkungen haben, wenn ihre Länder wegen der Schuldenlast kein Geld mehr für die Finanzierung von Schulen und Gesundheitsversorgung haben. Und auch für Bauernorganisationen und Kleinindustrie ist inzwischen deutlich geworden, dass sie mit ihrer Produktion nicht gegen die geballte Macht der großen Konzerne bestehen können. Die Chance der Menschen in Mittelamerika ist es, jetzt eigene Positionen zu den mittelamerikanischen Ausprägungen von Globalisierung und Ausbeutung zu finden und die offenkundig schädlichen Entwicklungen noch zu verhindern.

Unterstützung des Widerstands gegen Privatisierung und Globalisierung

Auf Druck von IWF und Weltbank ist die Privatisierung von ehemals staatlichen Dienstleistungen in vielen Ländern Lateinamerikas schon sehr weit vorangeschritten. Krankenhäuser und Gesundheitszentren, Schulen und Universitäten, Telefon, Stromversorgung, Trink- und Abwasser, Abfallentsorgung, was noch nicht privatisiert ist, steht auf der Liste. Und nach der Privatisierung steigen die Kosten. In El Salvador erhöhten sich nach der Privatisierung der Stromversorgung die Preise um 200 %, die Telefongebühren sogar um 1200 %. Ein Arbeiter mit dem üblichen städt. Mindesteinkommen von 145 US-\$ im Monat zahlt nur für Strom und Telefon monatlich 40 % seines Einkommens.

Bauern- und Verbraucherorganisationen in El Salvador sind wie auch in den anderen Ländern Mittelamerikas entschlossen, ihren Widerstand gegen Privatisierung und Globalisierung fortzusetzen. In einem möglichst breiten Protest sehen sie ihre einzige Chance, um nicht vollständig zwischen den Mächten des Marktes und den Interessen großer Finanzinstitutionen zerrieben zu werden.

Die Chance der entstehenden Bewegung in Mittelamerika besteht darin, die Auswirkungen der Privatisierung und der Wirtschaftspläne ALCA und PPP für die Menschen in ihren Ländern möglichst transparent zu machen. Denn wer genauer hinsieht, merkt, dass in Mittelamerika höchstens 1% der Bevölkerung von Privatisierung und Freihandel profitieren werden, während 99 % der Menschen unter Lohnsenkung, steigender Arbeitslosigkeit und Überschwemmung der lokalen Märkte leiden werden. (rk)

Begriffsdefinitionen:

NAFTA = North American Free Trade Agreement
Nordamerikanische Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko, das am 1. Januar 1994 in Kraft trat.

ALCA = Área de Libre Comercio de las Américas (Englisch FTAA Free Trade Area of the Americas) soll die inhaltliche Erweiterung und räumliche Ausdehnung des NAFTA-Abkommens auf gesamt Lateinamerika unter "militärischer Absicherung" werden. GATS, das geplante Dienstleistungsabkommen der WTO, ist auch hier zentraler Bestandteil

1

Übersicht über den Plan Puebla und weitere neoliberale Projekte in Lateinamerika

(zusammengestellt von Barbara Waschmann)

Der PPP der konservativen Regierung von Präsident Vicente Fox sieht vor, die verarmte Region südlich von Mexiko-Stadt mittels staatlich geförderter Investitionen, gigantischen Verkehrsprojekten und der Einrichtung von Freihandelszonen ökonomisch zu beleben. Besonders betroffen von dem umstrittenen Entwicklungsplan ist die Landesenge von Tehuantepec zwischen dem Golf von Mexiko und dem Pazifik. Eine hier geplante Verkehrsverbindung zwischen den beiden Meeren soll den Panamakanal entlasten.

Zusätzlich soll eine Autobahn von der Stadt Oaxaca durch den Isthmus zum pazifischen Badeort Huatulco führen. Die Arbeiten für diese »supercarretera« haben bereits begonnen.

Die Autobahn stellt einen kleinen Baustein des PPP dar, der nach Meinung von Präsident Fox das gesamte Gebiet zwischen der östlich von Mexiko-Stadt gelegenen VW-Stadt Puebla und dem südlichsten mittelamerikanischen Land Panama in eine Art Industrie-, Tourismus- und

Freihandelszone verwandeln soll. »Auch der Süden lebt«, lautet die Parole des wirtschaftsliberalen Politikers, der Mexiko strikt nach den Vorgaben des internationalen Währungsfonds IWF und den Wünschen des mächtigen Nachbarn im Norden regiert. (Auszüge aus einem Artikel in Junge Welt 23.5.2002) Um die massive Vertreibungsstrategie des **Plan Puebla-Panamá (PPP)** zu verstehen, ist es notwendig, die einzelnen Parallel- oder Satellitprojekte und wer davon profitiert, zu untersuchen:

Biologischer Korridor

Ein 1993 von der Weltbank initiiertes Projekt, dem bereits 93 Mio US-\$ zugeteilt wurden, mit dem Ziel das weltweit zweitgrößte Vorkommen biogenetischer Ressourcen zu privatisieren. Zur Zeit sind bereits transnationale Unternehmen, US-amerikanische Universitäten und vermutlich Umwelt-NROs in diesem Gebiet aktiv, genetische Code von Pflanzen und Tieren zu patentieren.

Es ist hinlänglich bekannt, dass Biotechnologie alle Aspekte des menschlichen Lebens (Medizin, Ernährung, Lebensmittelproduktion etc.) revolutionieren kann. Die grundlegenden Rohmaterialien, die die Industrie braucht um das zu erreichen, sind die genetischen Ressourcen, die in Gegenden mit reicher Biodiversität vorkommen. Die Einwohner aus diesen Biodiversität-Zentren zu verdrängen, stellt sicher, dass der wirtschaftliche Vorteil der Ausbeutung dieser genetischen Ressourcen nicht geteilt werden muss und dass keine lokalen Einwohner mehr da sind, die sich gegen diese unverhohlenen Akte der Bio-Piraterie aussprechen können.

Energieplan der Amerikas

Derzeit unterzeichnet von den Regierungen Amerikas, Kanadas und Mexikos wird es einen gemeinsamen deregulierten Markt fossiler Brennstoffe erzeugen, der auf eine Privatisierung der immensen Öl- und Gas-Ressourcen der Region hinausläuft, um die Habgier des "big business" zu befriedigen. Dieser Plan hat Besorgnis erregende Implikationen:

Eine Öl-Pipeline wird von Panama in den Süden von Veracruz, Mexiko gebaut werden; und dann in den Norden, hinaus aus der Plan Puebla-Panamá-Region, Richtung Texas, um bequem gewaltige Mengen Öls aus der Region in die Vereinigten Staaten von Amerika zu transportieren. Auch wird über eine andere Verbindung außerhalb der Region gesprochen, dieses Mal in den Süden, zu den großen Reserven in Venezuela und Kolumbien. Wir mögen uns an dieser Stelle daran erinnern, dass die Bush-Administration aus Öl-Geschäftsmännern besteht, er selbst an erster Stelle.

Und abermals ist Plan Puebla-Panamá notwendig, um die Population zu vertreiben, die am Land überhalb der grossen Öl-Reserven lebt – indigene Gemeinschaften, afrikanische Nachkommen and Kleinbauern.

System elektrischer Integration für zentralamerikanische Staaten (SIEPAC)

Grossteils finanziert durch die spanische Regierung mit dem spanischen Konzern Endesa als hauptsächlichen Begünstigten, zielt es darauf ab, die regionale Elektrizitätsindustrie zu privatisieren, wobei das Argument bemüht wird, dass die Bildung eines wettbewerbsfähigen Marktes der Bevölkerung einen besseren Service bieten wird.

Insbesondere beunruhigend ist, dass dieser Plan mit der Herstellung eines Netzwerks von 72 hydro-elektrischen Dämmen einhergeht, die die Überschwemmung von Millionen Hektar Land bedeuten – Land, das von indigenen Gemeinschaften, afrikanischen Nachkommen and Kleinbauern bewohnt wird. Darüber hinaus ist klar, dass diese Staudämme ernsthafte und irreversible ökologische Schäden verursachen.

Diese Mega-Produktion an Energie würde den unersättlichen Stromverbrauch in den Vereinigten Staaten von Amerika befriedigen als auch den Energiebedarf für den "Marsch in den Süden" abdecken.

Der Marsch in den Süden

Dieses Projekt profitiert von der einzigartigen geostrategischen Position der Region durch ihre inter-ozeanische Lage und durch die praktisch nicht existenten Arbeits- und Umwelt-Regelungen, indem die Region von verschiedenen „plantas maquiladoras“ (sweatshops) heimgesucht werden soll. Öffentlich-private Partnerschaften begünstigen mit all ihrer "modernen, ausgeklügelten" Infrastruktur eben diese sweatshops.

Dieser Plan inkludiert ein Netzwerk von Giftmülldeponien, der uns vermuten lässt, dass in diesen maquiladoras hochgefährliche und umweltschädigende Substanzen verwendet werden sollen.

Dieser Plan benötigt auch Arbeitskraft im Überfluss, die er ausbeuten kann und mit der vertriebenen Bevölkerung soll die Rechnung aufgehen. Deren Analphabetentum, fehlende Schulbildung und wirtschaftliche Verzweiflung bedeutet, dass sie gezwungen werden, ihre Arbeitskraft zu einem extrem geringen Preis zu verkaufen. Es ist offensichtlich, dass die reiche kulturelle Diversität komplett vernichtet wird, wenn sie von ihrem heimatlichen Territorium entfernt werden, zusammen mit ihrem Modell der sozialen Organisation und Aktivitäten, die tief mit ihrem Mutterland verbunden sind.

Plan Süd

Bereits von den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Mexiko unterzeichnet, dient "Plan Süd" als Filter, um illegale Zuwanderung von Zentralamerika in die großen Nationen des Nordens zu verhindern. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada geben Mexiko Quoten für legale, befristete Arbeiter in Landwirtschaft und Industrie im Norden und handeln gewissermaßen mit Menschen. Im Austausch für dieses Fluchtventil, stimmte Mexiko zu, seine Südgrenzen zu schließen um die illegale Zuwanderung in die USA und Kanada von seinen südlichen Nachbarn zu verhindern.

Anders betrachtet, agiert die mexikanische Regierung als billige Grenzkontrolle, um dem "Plan Süd" die vielen Werkzeuge der Repression bereitzustellen; Einwanderungsbehörde, Steuerfahndung, Bundespolizei, Staatspolizei, öffentliche Sicherheit plus Bundesarmee, Marine und Luftwaffe.

Operation New Horizons

Die Plan Puebla-Panamá-Region hat unschätzbaren Wert - sowohl hinsichtlich ihrer Lage wie auch ihrer natürlichen Ressourcen. Plan Puebla-Panamá beabsichtigt, diese Ressourcen dem transnationalen Kapital zugänglich zu machen. Und die Anzeichen legen nahe, dass sobald diese Ressourcen zu eigen gemacht wurden, die Vereinigten Staaten von Amerika beabsichtigen, sie sich für militärische Zwecke selbst zu behalten. Das inkludiert militärische Vorbereitungen, um auf den zu erwartenden Widerstand, friedlich oder bewaffnet, zu antworten.

Die matte Ausrede nutzend, die lokale Bevölkerung vor natürlichen Katastrophen (Erdbeben, Vulkane und Wirbelstürme), die gelegentlich die Region verwüsten, zu schützen, ließ man sich den Plan einfallen, US-militärische Stützpunkte überall in Zentralamerika einzurichten - wie schon geschehen in Guatemala, Honduras und El Salvador. So "will man für uns sorgen" heißt es beim Training zentralamerikanischer Armeen, um diesen Notsituationen zu begegnen.

Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass Plan Puebla-Panamá ein Mega-Projekt vollkommener neoliberaler Natur ist und ein bezeichnender Schritt im Prozess dieser wirtschaftlichen Globalisierung. Es impliziert die Privatisierung von strategischen Ressourcen der Region zugunsten transnationaler Konzerne und der militärischen und geopolitischen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika. Um diese Ziele zu erreichen, sollen Indigene, Schwarze und Bauern von ihrem Land vertrieben, alle Arten des menschlichen Leidens, der wirtschaftlichen Verzweiflung hervorgerufen und ein nicht rückgängig zu machender Verlust einer großen kulturellen Diversität der Welt verursacht werden.

Danke an [Coordinadora Regional de los Altos de Chiapas de la Sociedad Civil en Resistencia](#) – Chiapas, México für diese Zusammenfassung.

Plan Colombia

Die kolumbianische Regierung hat diesen umstrittenen Plan ausgearbeitet, der die Basis für einen angeblichen Frieden in Kolumbien darstellen soll. Unter dem Deckmantel von Drogen- und Aufstandsbekämpfung trifft der ausgerufenen Krieg der kolumbianischen Armee aber vor allem die zivile Bevölkerung und soziale Bewegungen.

Von den USA wurde eine Militärhilfe in Höhe von US-\$ 1.3 Milliarden für den Plan Colombia beschlossen. Diese dient vor allem der Intensivierung des Drogenkrieges, um offiziell den illegalen Anbau von Koka und Schlafmohn sowie den Handel mit illegalisierten Drogen zu beenden. Nebenbei soll der rebellierenden Guerilla ein Ende gesetzt und die "älteste Demokratie" Lateinamerikas stabilisiert werden.

Tatsächlich geht es um die Durchsetzung von Mega-Projekten, neoliberalen Konzepten und wirtschaftliche Kontrolle des gesamten Kontinents und die Ausweitung des NAFTA-Abkommens Richtung Süden. Die BäuerInnen setzen auf Koka und Schlafmohn, weil durch die Politik der Wirtschaftliberalisierung alle anderen Agrarprodukte kein Einkommen garantieren. Vertreibungen, Morde und das Spritzen von Chemikalien - made by Monsanto - auf vermeintliche Anbaufelder sichern wirtschaftliche Gewinne von GrossgrundbesitzerInnen und Multis. Dies kommt wiederum den Interessen der politischen Eliten zugute.

Der Plan Colombia wirkt sich direkt auf die Nachbarländer Kolumbiens aus. Der bewaffnete Konflikt, die Drogenproblematik und die Flüchtlingsströme könnten die ganze Andenregion erschüttern. Die Regionalisierung des kolumbianischen Konflikts ist auch beabsichtigt – allerdings nicht von den Regierungen der Nachbarstaaten Kolumbiens. Die USA fände eine "Neuordnung" der Andenregion nach ihrem Gutdünken.

Bislang bekannt sind folgende Unternehmen, die vom Plan Colombia profitieren:

- Dyncorp als USA's größter militärischer Privatanbieter, der im Geheimauftrag des US-amerikanischen Außenministeriums um US-\$ 600 Millionen für Schädlingsbekämpfung in Kolumbien sorgt.
- Citigroup ist die weltgrößte Bank und wird auch als weltgrößter Geldwäscher gehandelt. Dem US-Senat zufolge kommt ein Grossteil dieses Geldes vom Drogenhandel in Südamerika.
- Enron, "das führende Energieunternehmen der Welt", sandte seinen Vizepräsident gemeinsam mit Clinton nach Kolumbien und war Hauptsponsor des Bush-Wahlkampfes.
- Eli Lilly stellt Prozac her – ein beliebtes Antidepressivum, das in Zeiten wie diesen ja wirklich nötig ist
- Occidental Petroleum Corp.,
- BP Amoco
- United Technology Corp. (Produzent militärischer Hubschrauber)
- Bell Helicopter Textron Inc.

Damit beschäftigt sich u.a. [greenpepper](#), Niederlande.

Zusammengefasst von [Barbara Waschmann](#) unterstützt durch das webpublishing-System [WebWaltz](#), November 2002

Fälschungen, Ressentiments und Sektierertum

Anmerkungen zu Thomas Ebermanns Pamphlet gegen Attac in Deutschland

Peter Wahl

Der Autor ist Mitarbeiter von "WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung" und Mitglied des Koordinierungskreises von ATTAC Deutschland.

In der November-Ausgabe der Monatszeitschrift *konkret* wurde unter dem Titel „Attackiert Attac“ ein Pamphlet gegen Attac veröffentlicht. Autor ist Thomas Ebermann.

Der Vorschlag an die Redaktion von *konkret*, eine Replik zu veröffentlichen, um eine Diskussion in Gang zu setzen, wurde nicht akzeptiert.

Kritik – Lebenselixier emanzipatorischer Politik

Das Problem ist nicht, dass Kritik an Attac geübt wird. Es ist trivial, darauf hinzuweisen, dass Kritik ein Lebenselixier für emanzipatorische Politik ist. Attac will kontroverse Diskussion in den eigenen Reihen, aber auch mit anderen Kräften des emanzipatorischen Lagers. Kritik ist nicht nur eine demokratische Selbstverständlichkeit, sondern auch ein methodisches Prinzip, das Kollektive, Organisationen und Institutionen dazu befähigt, zu lernen, sich zu verändern und damit sich in ihrem gesellschaftlichen Umfeld erfolgreich zu entwickeln.

Hinzu kommt, dass Attac noch eine Baustelle ist – und auf lange Zeit bleiben wird. Vieles steckt in den Kinderschuhen, und Attac hat natürlich auch die eine oder andere Kinderkrankheit. Daher ist das Attac-Prinzip so wichtig, einen Raum zu bieten, „wo politische Lern- und Erfahrungsprozesse ermöglicht werden,“ und in dem „unterschiedliche Strömungen emanzipatorischer Politik miteinander diskutieren“ (Attac-Selbstverständnis). Es geht also nicht darum, politischer Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen.

Bewegungen können nicht „gemacht“ werden

Wenn Ebermann der Meinung ist, dass Attac das Resultat von „Bewegungsmacherei“¹ oder gar Meisterschaft „im Umgang mit Medien“ sei, so ist dies ein legitimer Irrtum. Progressive Bewegungen sind schon von ganz anderen als Ebermann als Werk von raffinierten Machern oder gar Verschwörern dargestellt worden. Nicht jeder muss verstanden haben, dass soziale Bewegungen nicht „gemacht“ werden können,

¹ Alle Zitate im folgenden, soweit nicht ausdrücklich anders angegeben, aus Ebermanns Artikel.

sondern das Resultat gesellschaftlicher Probleme und Widersprüche sind.

Regelrecht geschmeichelt könnte man sich sogar über Ebermanns Einschätzung fühlen „Attac und Umfeld sind gefährlicher als der schnöde Reformismus“. Leider ist Attac so stark und bedeutend nun doch noch nicht. Unerfreulicher daran ist allerdings, dass hier wieder mal ein Fehler gemacht wird, der typisch für sektiererische Denkstrukturen ist: die Falschen zum Feind zu erklären. Schlimmstes Beispiel ist die Sozialfaschismustheorie aus den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Damals meinten die Kommunisten, die Sozialdemokratie sei gefährlicher als die Nazis und dementsprechend als Hauptfeind zu bekämpfen.

Fälschung als Methode

Aber wie gesagt, dies sind inhaltliche Fragen, über die Attac gerne diskutiert. Das Problem mit dem Artikel liegt allerdings wo anders, nämlich in seiner Methode. Ebermann hält seinen Artikel für „linke Kritik“. Das Wort Kritik kommt von dem griechischen Verb *krínein*, (griechisch: scheiden, trennen). Kritik ist also die Kunst der Unterscheidung, des differenzierten und differenzierenden Denkens. Ebermann aber macht das Gegenteil von differenzieren. Er generalisiert, macht Analogieschlüsse ohne jeglichen Kausalzusammenhang, klaut sich verschiedene Partikel des politischen Geschehens in und um die globalisierungskritische Bewegung zusammen und schmeißt alles in einen Topf. So einen „Verein Deutsche Sprache“, einen portugiesischen Literaturnobelpreisträger, die Linkskeynesianer, den Bundespräsidenten, die Erlassjahrkampagne und eine ominöse „Weltlokalisierungsorganisation“ sowie einige Einzelmitglieder von Attac. Dieses Panoptikum wird dann als Kritik an Attac verkauft.

Die geläufigste Methode Ebermanns ist dabei, Zitate aus dem Zusammenhang zu reißen und in vielen Fällen deren Aussage zum Gegenteil umzufälschen. So wird ausgerechnet Werner Rätz (Vertreter der *ila* im Koordinierungskreis), der sich selbst als linksradikal bezeichnet, zum Fan von Oskar Lafontaine. Tatsächlich ist Werner Rätz ein regelrechter Lafontaineesser.

Richtig unappetitlich wird es aber, wenn Ebermann persönlich wird und Einzelnen die geistige Zurechnungsfähigkeit abspricht. So hat z.B. W. Rätz nach Ebermanns Meinung „nicht alle Tassen im Schrank“. In der Nacht der Ebermannschen Methode werden schließlich alle Katzen so grau, dass keine

Unterschiede mehr zwischen der Erlassjahrkampagne und der SS erkennbar sind.

Das ist keine Kritik – und schon gar nicht linke – sondern einfach unseriöser Journalismus, schlechtes Handwerk und Ressentiment.

Dabei verfälscht Ebermann Zitate nicht einfach nur aus Schlamperei oder Ignoranz, sondern auch wider besseres Wissen. Beispiel: bereits bei einer Podiumsdiskussion im Juni in Berlin, bei der er einiges von seinen Ressentiments gegenüber Attac verlas, wurde er darauf hingewiesen, dass der von ihm zitierte Satz „die Politik der Regierungen [ist] zur Geißel der Finanzmärkte geworden“ nicht von Attac stammt, sondern vom früheren Chefökonom der UNCTAD. Das Zitat bezieht sich auf die Entwicklungsländer und steht in der WEED-Broschüre „Kapital braucht Kontrolle“. Ebermann macht es zum Beleg dafür, Attac liefe in die Falle „den Staat zu idealisieren und den vermeintlichen Niedergang seiner Macht zu beflennen“. Eine Seite vor dem UNCTAD-Zitat hätte Ebermann lesen können: „Die Veränderungen im Verhältnis von Politik und Ökonomie werden meist als Bedeutungsverlust des Staates wahrgenommen. Es entsteht der Eindruck, der Staat sei gegenüber den Finanzmärkten machtlos. Tatsächlich waren es die Regierungen selbst - zunächst in den USA und Großbritannien, dann aber auch in den anderen Industrieländern -, die diese Entwicklung herbeigeführt und dem laissez-faire der Märkte freie Bahn verschafft haben.“

Nach diesem Muster verfährt Ebermann in einem satten Dutzend weiterer Fälle, von denen hier nur noch zwei herausgegriffen seien, weil sie politisch aktuell und bedeutsam sind: der Vorwurf des Antiamerikanismus' und der des Antisemitismus'.

Antiamerikanismus und Antisemitismus bei ATTAC?

Da wird behauptet, Attac sei „stets“ (!) der Meinung, dass „hierzulande das relativ kleinere, jenseits des Atlantiks das größere Übel beheimatet ist.“ Sicher ist die Dialektik von Einheit und Differenz der Gegensätze nicht immer einfach zu verstehen. Wo liegt das Gemeinsame zwischen der imperialen Supermacht und ihren europäischen Juniorrivalen? Was unterscheidet sie? Was resultiert möglicherweise aus einer Gemengelage? Da kann man sich leicht verhauen und die komplexe Realität in ein plattes Schwarz-Weiß-Schema pressen, wie nicht zuletzt die einschlägige Kontroverse in *konkret* zeigt.

Dass Attac sich des Problems bewusst ist, hätte Ebermann mit einem Minimum an Recherche merken

können, wenn er sich die Grundsatzerklärung, also nicht gerade irgendein x-beliebiger Text, runtergeladen hätte. Dort heißt es, dass die neoliberale Globalisierung „von den Regierungen der großen Industrieländer und mit Hilfe von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandels-Organisation (WTO) zielgerichtet betrieben [wurden]. Deutschland und die EU spielen dabei sowohl nach innen (Liberalisierung der Binnenmärkte) als auch bei der neoliberalen Zurichtung der Weltwirtschaft eine maßgebliche Rolle.“ Aber wie wir bereits gemerkt haben, solides Handwerk ist Ebermanns Sache nicht.

Die widerlichste Trickserie leistet sich Ebermann allerdings damit, Attac in die antisemitische Ecke zu stellen. Da er in Attac-Dokumenten mit antisemitischen Stereotypen, wie vom „heimatlosen“ und „anonymen“ Finanzkapital, dem „raffenden und schaffenden Kapital“ oder dem vom „jüdischen Bolschewismus“ natürlich nicht fündig werden kann, zieht er Quellen heran, die Attac nicht zu verantworten hat, z.B. „die >globalisierungskritische[n]< Literatur“, was immer das sein mag. Durch Extrapolation, Analogiebildung, Verallgemeinerungen und schlichte Erfindung halluziniert er sich eine „Dämonisierung“ der Finanzmärkte durch Attac. Er instrumentalisiert für seine Vorwürfe die Tatsache, dass die Nazis eine Kategorie der politischen Ökonomie, nämlich die des „Finanzkapitals“ (vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts u.a. von Hilferding, Rosa Luxemburg und Lenin diskutiert) vereinnahmten und in die Phrase vom „jüdischen Finanzkapital“ pervertierten. Ebermann macht sich dabei nicht mal die Mühe, zwischen manifestem und strukturellem Antisemitismus zu unterscheiden, wie es in seiner Szene sonst üblich ist, und kommt daher in einem Atemzug von dem, was er für „Führungsleute von Attac“ hält, zum Pogrom. Auch eine Methode, das Pogrom zu banalisieren.

Zwar ist die Kategorie „Finanzkapital“ angesichts der Verschmelzung von Industrie- und Finanzkapital heute, anders als zu Rosa Luxemburgs Zeiten, kaum noch tragfähig. Unabhängig davon ist die Gleichsetzung von „Finanzkapital“ und „jüdischem Finanzkapital“ jedoch so unsinnig wie die Gleichsetzung von Sozialismus mit Faschismus, indem man jenem das Adjektiv „national“ voranstellt. Damit kommt man bekanntlich ruckzuck zum „Nationalsozialismus“, zumindest in der Totalitarismustheorie. So wie für diese ein direkter Weg von der Kritik der politischen Ökonomie in den GULAG führt, so führt die Kritik der politische Ökonomie der Finanzmärkte bei Ebermann nach Auschwitz. Die Denkfehler sind bei beiden die gleichen.

APPELL AN DIE WELTÖFFENTLICHKEIT

DIE PALÄSTINENSER UNTER DEM BELAGERUNGSZUSTAND

Die ganze Welt richtet ihre Aufmerksamkeit derzeit auf den **Irak** und die Auswirkungen eines Angriffs der USA auf die Stabilität der Region. Millionen Menschen weltweit bekunden ihre Opposition gegen den Krieg und versuchen, ihn abzuwenden. Was wir, die palästinensische Bevölkerung, indessen von Seiten offizieller Vertreter des Staates **Israel** zu hören bekommen, stellt eine Drohung mit gefährlichen Konsequenzen dar.

Erklärungen offizieller Vertreter des Staates Israel und in den Medien geben in den letzten beiden Monaten deutlich zu erkennen, was vorgeschlagen wird, was geplant ist und was vorbereitet wird, um im Falle eines Krieges gegen den Irak in den besetzten palästinensischen Gebieten durchgeführt zu werden. Derartige Erklärungen könnten als Einschüchterung, Abschreckung oder tatsächliche Bedrohung gemeint sein. Aufgrund unserer Erfahrungen in Vergangenheit und Gegenwart sehen wir sie eher als eine Bedrohung, die sich geradezu gegen unsere Existenz in diesem unserem Land richtet.

Die kürzlich in den israelischen Medien veröffentlichten Drohungen betreffen unter anderem:

- Die Verhängung einer totalen Ausgangssperre über das ganze palästinensische Volk und Land.
- Die Erklärung der palästinensischen Gebiete zu militärischen Sperrgebieten, wodurch ausländische und einheimische Journalisten an ihrer Tätigkeit in diesen Gebieten gehindert werden. Derartige Maßnahmen verfolgen die eindeutige Absicht, öffentliche Informationen über mögliche israelische Aktionen gegen die Palästinenser zu verhindern.
- Fortsetzung der israelischen Praxis der Massenverhaftungen von palästinensischen Aktivisten ohne Anklage und der Zerstörung palästinensischer Häuser und Infrastruktur.
- Mögliche Massenvertreibungen der palästinensischen Zivilbevölkerung aus bestimmten Gebieten, die an den

geplanten israelischen Schutzwall angrenzen. Diese Gebiete gehören zur besetzten West Bank

- Mögliche Maßnahmen zur Vertreibung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten in die Nachbarländer.
- Mögliche Ausschaltung des gewählten Präsidenten der Palästinensischen Behörde, Jassir Arafat, oder seine Deportation in eine entlegene Gegend.

Die Palästinensischen Notstandskomitees (PEC = Palestinian Emergency Committees) in den palästinensischen Gebieten wurden geschaffen, um besondere Aufgaben der kommunalen Organisation während eines möglichen Krieges gegen den Irak zu erfüllen und die Notwendigkeit der Vorbereitung der Palästinenser auf mögliche drastische Maßnahmen Israels zu betonen.

Das Palästinensische Notstandskomitee (PEC) ist ein Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen, gesamtnationalen Organisationen, Wohlfahrtsorganisationen, Berufsverbänden, politischen Parteien, Ministerien und Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens, das seine Tätigkeit durch ein Organisationsbüro in Ramallah mit gesamtnationaler Zuständigkeit und Repräsentanz ausübt.

Wir bitten Sie, ein Internationales Komitee für den Schutz des Palästinensischen Volkes zu bilden und unverzügliche Schritte einzuleiten, um die israelische Regierung daran zu hindern, die durch den Krieg gegen Irak geschaffene Lage auszunutzen.

Ihre Unterstützung ist dringend nötig und könnte helfen, weitere Leiden und Schmerzen und den Tod von unschuldigen Palästinensern zu verhindern.

Informationen und Kontakt: protectpalestinians@yahoo.com
Ramallah, Besetztes Palästina, den 3. März 2003

GUSH-SHALOM:

ISRAELISCHE ERKLÄRUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG DES PALÄSTINENSISCHEN NOTSTANDSAPPELLS

Als Israelis unterstützen wir nachdrücklich den "Appell an die Weltöffentlichkeit", der vom Palästinensischen Notstandskomitee erlassen wurde. Wir rufen alle Menschen guten Willens auf, dringend ein Internationales Komitee für den Schutz des Palästinensischen Volkes zu bilden. Die Gefahren, die der palästinensischen Bevölkerung im Falle eines Angriffs der USA gegen den Irak drohen, sind real und gravierend. Rechtsextreme Elemente in unserer politischen und

militärischen Führung könnten versuchen, die Kriegssituation auszunutzen, um Akte des "Transfers" zu begehen. Derartige Akte verstoßen gegen israelisches und internationales Recht und gefährden die Zukunft Israels.

Frieden zwischen den Völkern Israels und Palästinas ist die einzig solide Basis für die Sicherheit und die Wohlfahrt unseres Staates.

ISRAELISCHES NOTSTANDSKOMITEE
info@gush-shalom.org

Erste Mission von Attac Frankreich in Palästina

vom 22.12.2002 bis 2.1.2003

Bericht von Véronique Vilmont an das Aktionskomitee von Attac – Gironde (France)

Diese erste Reise von Attac Frankreich nach Israel und Palästina setzte sich folgende Ziele:

- unsere Unterstützung für das palästinensische Volk konkret zum Ausdruck zu bringen,
- Verbindungen zwischen den Vertretern der palästinensischen sozialen Bewegung in den besetzten Gebieten und der israelischen sozialen Bewegung herzustellen, auszubauen und zu verstärken.

1. Unsere konkrete Unterstützung für das palästinensische Volk

Wir sind nach Hebron (im Süden des Westjordanlandes) und nach Jajush (im Nordwesten) gefahren. Diese Stadt und jenes Dorf sind besonders deutliche Beispiele für die vom israelischen Staat betriebene Apartheid.

Apartheid in Hebron, das heißt Verbot für 10 000 Bewohner der Altstadt, ihre Häuser zu verlassen, was dazu führt, dass sie von medizinischer Versorgung, von Lebensmittelversorgung, von Arbeit, Schule und Universität [1], von der Möglichkeit, an einem geheiligten Ort zu beten, vom sozialen Leben abgeschnitten sind. Darüber hinaus zielt die geplante Zerstörung von Häusern aus der mamelukischen Epoche darauf ab, jegliches historische Zeugnis der Vergangenheit, jegliche Erinnerung auszulöschen.

Die Stadt ist in zwei Zonen H1 und H2 geteilt [2]. In der Zone H2 haben lediglich die gerade einmal 450 extremistischen religiösen Siedler einen uneingeschränkten und völlig straffreien Bewegungs- und Handlungsradius. Ihnen wird Schutz und Unterstützung von 1500 Soldaten zuteil.

Die anderen Hebronner aus der Zone H1 sind weniger Gefahren ausgesetzt, leben jedoch nichtsdestotrotz unter ständigen Bedrohungen, Demütigungen, erfahren körperliche Gewalt, Morde etc., ausgeübt von Armee und Siedlern.

Ich war erschrocken über die extreme Spannung, die diese doppelte Bedrohung in Hebron hervorbringt, über die unaufhörlich fortschreitende Besiedlung der restlichen Stadt, die Gettoisierung der Hebronner und ihren Überlebenskampf. In Erinnerung behalte ich diesen kleinen Matschhügel, den es zu überwinden gilt, um die in die Stadt führende Strasse zu erreichen.

Die Apartheid in Jajush, das ist die Mauer [3] die dort gebaut wird, die das Dorf von seinen Feldern abschneidet,

von der einzigen Einkommensquelle der Dorfbewohner. Die Wasserquellen wurden zerstört oder durch die Besatzer konfisziert. Den Bauern wird der Zugang zu ihren Feldern verboten. Armee, Polizei, Spezialeinheiten und private Milizen bilden eine erste Mauer.

Die Trassenführung der Mauer macht die Vereinnahmung von 10% des Westjordanlandes möglich, die Neugruppierung von Siedlungen, die Beschlagnehmung der fruchtbarsten Teile des Landes und der Brunnen. Nach Shalom Arshav (Peace now) ist Sharon dabei, hinter dieser Grenze aus Beton einen jüdischen Siedlerstaat im Westjordanland zu errichten.

In Jajush haben wir mit anderen internationalen Vertretern an einer Demonstration teilgenommen, gegen die die Armee gewaltsam (mit Schüssen und Tränengas) vorgegangen ist. Es gab Verwundete und Verhaftete. Alle anwesenden internationalen Teilnehmer organisierten Nachwachen, um Hausdurchsuchungen durch die Armee und daraus folgende Gewalttätigkeiten zu verhindern. Das ist kein Einzelereignis. Es spiegelt die Verschlechterung der Situation wieder, auch für internationale Teilnehmer.

Die Palästinenser haben nur diesen einen Schutz, und sie fordern ihn ein. Aber so wichtig er auch ist, er hat Grenzen.

Deshalb ist es so wichtig, dass Attac Frankreich, gemeinsam mit anderen Organisationen, von der französischen Regierung fordert:

- auf die Entsendung einer internationalen Schutztruppe für die palästinensische Bevölkerung hinzuwirken;

- die Aussetzungsklausel der Assoziationsabkommen zwischen der EU und Israel in Kraft treten lassen, wegen der Verletzung der Menschenrechte und der Handelsvereinbarungen;

- von der israelischen Regierung zu verlangen, dass den internationalen Abkommen entsprechend jeder Bürger nach Palästina einreisen kann, und dass die Abschiebungen am Flughafen aufhören;

- von der israelischen Regierung zu verlangen, keine internationalen Teilnehmer an pazifistischen und im Sinne der Menschenrechte legitimen Aktionen auszuweisen und zu deportieren [4].

2. Verbindungen zwischen den Vertretern der palästinensischen sozialen Bewegung in den besetzten Gebieten und der israelischen sozialen Bewegung herstellen, weiterentwickeln und stärken

Wir haben am Sozialforum in Ramallah teilgenommen und im Zusammenhang damit an einem Treffen der arabischen israelischen sozialen Bewegung in Nazareth, der jüdischen israelischen sozialen Bewegung in Tel-Aviv und der israelischen Antisiedlungsgruppen in Jerusalem.

2.1 Das palästinensische Sozialforum in Ramallah

Das Forum fand vom 27. bis 30. Dezember 2002 statt. In Anbetracht des ersten Ziels unserer Mission haben wir daran nur am 28. teilgenommen, als es um die Anti-Globalisierungsbewegung und deren Einfluss auf den Fall Palästina ging.

Der erste Verdienst dieses Forums ist es, dass es stattgefunden hat [5]. Dabei sollte die gute Organisation durch die PNGO, das WSF und die ANND [6] hervorgehoben werden. Wir wurden gut empfangen, es gab Stände verschiedener Organisationen [7], die Übersetzung erfolgte arabisch/englisch simultan. Die teilnehmenden Aktivisten und Bürger kamen aus zahlreichen Ländern: Italien, Spanien, Frankreich, Schweiz, Belgien, Holland, Griechenland, Irland, Großbritannien, Argentinien, Brasilien, Quebec, USA, Japan. Und dass, obwohl es – zumindest in Frankreich – fast keine Informationen über dieses Forum gab. Das ist, angesichts der drohenden Kriegsgefahr gegen den Irak, auf keinen Fall durch die kurzfristige Programmgestaltung (Ende Oktober) zu rechtfertigen.

Neben palästinensischen Referenten wie Mustapha Barghouti waren u.a. Zelitro Luz da Silva (MST), Luisa Morgantini (Abgeordnete des Europaparlaments, Pace), Anne Alexander (Globalize Resistance), Luisa Sirvent (Vereinigung der spanischen Organisationen für die Durchsetzung und Verteidigung der Menschenrechte) und Jean-Luc Cipièrre für Attac Frankreich beteiligt. Auch Michel Warshawski (AIC, Israel) [8] war anwesend.

Mit vielen Debatten fanden am Nachmittag die Workshops Europa, Afrika, Asien und Amerika statt. Eine große Demonstration in Ramallah beschloss diesen Tag. Das Forum setzte sich an den anderen Tagen in Jerusalem, in verschiedenen Orten des Westjordanlandes und im Gazastreifen fort.

Mehrere Ziele wurden festgehalten:

- Die internationale Solidarität verstärken: Die Palästinenser brauchen internationale Beobachter, deren Anwesenheit die israelische Unterdrückungsmaßnahmen eindämmt, deren Augenzeugenberichte mehr und mehr in

das Bewusstsein der öffentlichen Meinung dringt und immer mehr Menschen mobilisieren.

- Auf die internationale politische Öffentlichkeit Druck ausüben, bis hin zur Durchsetzung einer internationalen Friedenstruppe und der Aussetzung der Verträge der Mittelmeer-Anrainerstaaten.

- Die internationale öffentliche Meinung in Kenntnis über die schweren Menschenrechtsverletzungen durch Israel versetzen, wie die ethnische Säuberung durch Massaker (2200 Tote in zwei Jahren), die Zerstörung einer Gesellschaft, die Politik des Bevölkerungstransfers.

- Unseren Mitbürgern verständlich machen, dass jedes Volk das Recht auf Selbstbestimmung und auf einen unabhängigen und souveränen Staat hat. Es kann keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben.

- Unser Wissen, unsere Erfahrungen, unsere Aktionspraktiken, unser Know-how austauschen

- Unseren Kampf vereinen und ihn in die Sozialforen tragen

2.2 Treffen mit Vertretern der arabisch-israelischen sozialen Bewegung in Nazareth

Dieses Treffen wurde von der ITTIJAH (eine Plattform arabischisraelischer NGO's) organisiert [9].

Dabei war eine recht große italienische Delegation, darunter viele Gewerkschafter und andere Internationalisten. Es war das erste Mal, dass ein solches Treffen organisiert wurde.

Die israelischen Aktivisten haben die Diskriminierungen geschildert, denen die arabischen Bürger in Israel ausgesetzt sind.

Seit der Zweiten Intifada und der Ermordung von 13 arabischen Nazarenern [10] hat sich eine Kluft aufgetan: Israelische Araber haben realisiert, dass sie nach 50 Jahren noch immer keine israelischen Staatsbürger sind.

Die israelischen Araber sind einer gesetzlich verankerten Diskriminierung ausgesetzt. Israel ist eine durch israelische Gesetze definierte Demokratie, d.h. eine ethnische Demokratie. Ein kürzlich eingebrachtes Gesetz erlaubt es, den israelischen Arabern die israelische Staatsbürgerschaft zu entziehen, so sie eine Bedrohung für den „jüdischen und zionistischen“ Staat bedeuten könnten. Und die extreme Rechte hofft, das Gesetz auch auf linke Juden ausweiten zu können.

Zwanzig diskriminierende Gesetze belasten ihren Alltag. Ihr Ausschluss aus dem Militärdienst verringert ihre Chancen auf ein Darlehen, auf Stellen im öffentlichen Dienst und auf finanzielle Hilfe für ein

Universitätsstudium (auf der anderen Seite erhalten aber israelische Juden, die aus religiösen Gründen vom Militärdienst freigestellt sind, diese Hilfen). Das Rückkehrgesetz garantiert allen nach Israel immigrierenden Juden das Recht auf die israelische Staatsbürgerschaft und Vorteile; aber die palästinensischen Flüchtlinge, die 1948 verjagt wurden, haben trotz internationaler Gesetze dieses Recht nicht.

Das Mediensystem ist äußerst ausgeklügelt. Es gibt in Israel kein einziges Gesetz, das die Meinungs- und Pressefreiheit sichert. Die Mehrzahl der Gesetze und Verordnungen unterliegen der bevollmächtigenden Gesetzgebung, die der Armee und dem Innenminister eine weitgehende Kontrolle über die Medien verleiht. Radiosendungen haben per Gesetz dem zionistischen Projekt zu dienen, was eine Meinungsvielfalt ausschließt. Sie sollen die Verbindungen zwischen den Juden in der Diaspora stärken, die jüdische Kreativität entwickeln und den Vertrag zwischen den Medien und der Regierung respektieren (Komitee der Chefredakteure). Die Selbstzensur ist extrem stark. 80% der Meldungen stammen aus Regierungsquellen. Nur in 2% der Informationen geht es um die arabische israelische Bevölkerung, und dann vor allem um Kriminalität und Terrorismus. Die Medien, die die öffentliche Meinung kontrollieren, haben die Schlüsselrolle in diesem demagogischen Konsensprozess. Es gibt keine pluralistische Sicht, die eine wirkliche öffentliche Debatte erlauben würde.

Zusätzlich zu dieser diskriminierenden Situation sind die israelischen Araber auch Opfer eines Prozesses der Besiedlung noch arabisch gebliebenen Bodens im Innern Israels [11]. Nazareth, die einzige ganz und gar arabische Stadt in Israel, ist dafür ein trauriges Beispiel. Eine jüdische Siedlung (Nazareth Illit) hat sich auf dem Gipfel des Hügels festgesetzt. Der Staat hat den gesamten Grund und Boden rund um Nazareth beschlagnahmt, um dessen Ausweitung zu verhindern, weitere Siedlungen in der Umgebung zu entwickeln, die die naheliegenden arabischen Dörfer bedrohen, und diese Siedlungen untereinander zu verbinden. Seit Oktober 2000 sind wiederholte und häufige Angriffe auf die Araber zu verzeichnen.

Die neoliberale Politik und der Siedlungskrieg haben Israel in eine tiefgreifende ökonomische Krise gestürzt. Während die Mauer gebaut wird, wird in Jerusalem und anderswo gebettelt. Aber aufgrund der diskriminierenden Politik sind israelische Araber viel stärker von Armut und Not betroffen: 40% leben unter der Armutsgrenze (17% der israelischen Juden) und die Kindersterblichkeit in diesem Teil der Bevölkerung ist doppelt so hoch. Das Niveau der Schulabschlüsse bei arabischen Jugendlichen ist niedriger als das der armen schwarzen und hispanischen Bevölkerungsgruppen in den USA!

Was eine eventuelle gemeinsame Front israelischer Araber und Juden gegen die ökonomische Krise betrifft,

so halten sie dies für eine gute Idee, aber in einem anderen Land. „Die Kriegsanstrengungen“ werden noch von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert. 250 000 Palästinenser haben das Westjordanland verlassen (Ihnen haben Israelis an der Grenzbrücke zu Jordanien Blumen verteilt). Mehrere rechte Parteien setzen die Vertreibung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten und aus dem Innern Israels auf ihr Programm. Auch auf großen Wahlplakaten von Regierungsparteien war zu lesen: „Transfer = Sicherheit + Frieden“, „Bereits 300 000 Palästinenser sind nach Jordanien gegangen: Transfer für den Rest!“ [16]

Sie fürchten eine ethnische Säuberung, wenn es zum Krieg gegen den Irak kommt.

Was sind ihre Ziele?

- Entwicklung der Beziehungen und Schaffung eines Netzwerkes zwischen israelischen Arabern, Palästinensern in den besetzten Gebieten und den palästinensischen Flüchtlingen in anderen Ländern. Die israelischen Araber wollen als integrierter Bestandteil der palästinensischen Frage gesehen werden.

- Die Solidarität zwischen den sozialen arabischen Bewegungen entwickeln. Es besteht der Wunsch nach einer Zusammenarbeit, aber es gibt Schwierigkeiten, sich zu treffen (dies kann nur außerhalb von Israel stattfinden). Vor drei Monaten fand in Kairo eine Konferenz mit gesellschaftlichen Bewegungen statt. 54 Jahren lang hatten sie keine arabischen Organisationen getroffen!

- Wachsende Zusammenarbeit zwischen globalisierungskritischen und palästinensischen Organisationen in Israel und den besetzten Gebieten: ihre Situation weltweit darlegen, zur Reflexion über die Verbindungen zwischen globalisierungskritischer Bewegung und arabischen Organisationen beitragen, ebenso zum Nachdenken über die Beziehungen zwischen den Ländern des Südens. Der Rahmen von Sozialforen macht diese Zusammentreffen möglich.

- Mehr Druck auf die internationale politische Öffentlichkeit ausüben (EU, UNO). Israelische arabische Vereine [12] arbeiten daran, dass die Europäische Union die Assoziationsabkommen aussetzt und sich mit den antidemokratischen Praktiken in Israel beschäftigt.

2.3 Treffen mit Vertretern der israelischen jüdischen sozialen Bewegung in Tel-Aviv

Nach Nazareth sind die internationalen Delegationen direkt nach Tel-Aviv gefahren, wo wir zwei Mitglieder der Histadrut [13] (einer aus der Gewerkschaftsführung, der andere von der israelischen kommunistischen Partei) und Vertreter jüdischer israelischer NGO's getroffen haben.

Die Verbände stellten sich vor.

BIMKOM ist ein Zusammenschluss von Architekten, Juristen und Anthropologen, die in der Raumplanung arbeiten und den israelischen Arabern ihre Hilfe anbieten, damit sie den israelischen Gesetzen entsprechend bauen können..

MAHAPACH ist eine studentische Vereinigung, die den Bewohnern armer Viertel hilft. Sie kämpfen gegen Armut und Ausgrenzung. Die dritte Organisation ist eine Umweltorganisation.

Histadrut ist der große Gewerkschaftsbund in Israel (General Federation of Workers in Eretz Israel); Die Gewerkschaft wurde vor vierzig Jahren gegründet, und hat eine große Rolle beim Bau von israelischen Siedlungen in Palästina gespielt. Sie steht treu zum „jüdischen und zionistischen Staat“.

Sie alle kämpfen im sozialen Bereich, um eine Alternative zur Regierungspolitik zu schaffen. Aber die israelische Bevölkerung, sagte man uns, unterstützt die „Kriegsanstrengungen“, um, viel später einmal, die anderen Probleme zu lösen. Es fällt ihnen daher schwer, eine politische Dimension in ihre aktuelle soziale Arbeit aufzunehmen.

Verbindungen mit den israelischen arabischen Organisationen sind nicht vorhanden und zur Zeit nicht in Betracht zu ziehen. Die Unmöglichkeit dieses Austausches entspringt der Aufspaltung der israelischen jüdischen sozialen Bewegungen in drei Bereiche der sozialen Problematik: Soziales, Humanitäres und die Palästinafrage. Die Repräsentanten der Verbände und Gewerkschaften, die wir getroffen haben, kümmern sich nur um soziale Fragen. Ein Gewerkschafter bedauerte, dass ihre palästinensischen Partner „sich an ihre nationalen Ansprüche klammern“, die erst nach der Lösung der sozialen Probleme in Israel eingelöst werden könnten.

Diese Haltung macht ihre Isolation verständlich. Das ist nicht der Fall bei der gemischt-israelischen (Araber und Juden: Ta' Ayush, AIC) oder der rein jüdischen (Gush Shalom, Koordination der aktiven Frauen) Antisiedlungsbewegung, die auch mit arabischen israelischen (GALILEE, Arab Monitoring Committee, Adallah, Ata'ja) und palästinensischen Organisationen aus den besetzten Gebieten (PNGO, PARC und verschiedenen anderen Vereinigungen) zusammenarbeiten.

Von dieser Versammlung ging der Vorschlag aus, das Zusammentreffen mit anderen sozialen israelischen und palästinensischen Bewegungen zu fördern, insbesondere im Rahmen von Sozialforen.

2.4 Treffen mit israelischen Antisiedlungsgruppen in Jerusalem

Wir haben vor allem Vertreter von Ta' Ayush, Gush Shalom, AIC, CAHD [14] getroffen. Sie arbeiten mit lokalen palästinensischen Organisationen und Behörden zusammen. Sie tragen wesentlich dazu bei, Brücken zwischen ihrer Gesellschaft und der palästinensischen Gesellschaft zu schlagen. Selbst wenn das bisher wenig ins Gewicht fällt, der Einfluss auf die Zukunftsperspektiven ist bedeutend.

Die Politik von Ta' Ayush stützt sich vor allem auf humanitäre Hilfe. Dadurch konnten Siedlungsgegner, Humanisten und von der Linken enttäuschte Menschen zusammengebracht werden. Angesichts der schwierigen politischen Situation leiten sie stets neue Aktionen ein: gegen die Ausgangssperre (Nablu, Bethlehem), gegen die Mauer (Qalqilya), gegen die Verweigerung der elementaren Rechte (medizinische Versorgung für Salfit, Zisternen für die Beduinen in der Negev-Wüste, Unterstützung der Bauern bei der Ernte oder einfach nur bei der Feldarbeit usw.). Andere Siedlungsgegner und Pazifisten haben sich ihnen angeschlossen (z.B. Shalom Marshav). Sie stören, weil sie an der Seite von Palästinensern kämpfen, andere Israelis mit in die besetzten Gebiete nehmen – was nach dem Gesetz verboten ist -, behindern die Besatzungsarmee, die mit Gewalt reagiert. Sie mobilisieren 500 Personen, und dies für zunehmend radikalere Aktionen.

Für Jeff Harper, der das Israel Committee Against Houses Demolitions leitet, haben sie durch die Arbeit gegen die Hauszerstörungen begriffen, wie die Besetzung funktioniert. Der Staat will die Besetzung unumkehrbar machen, indem eine neue Infrastruktur aufgebaut und die Palästinenser, auch die aus dem Landesinnern, verjagt werden. Für die Israelis heißt Frieden so viel wie Ruhe: „Ich will eine Mauer, mich einschließen, die anderen ihrem Schicksal überlassen.“ Die Mauer würde ihnen sogar die Siedlungen vom Hals schaffen.

Nach Ansicht der israelischen Siedlungsgegner muss die internationale Gemeinschaft nicht nur den Kampf der Palästinenser unterstützen, sondern sich auch dafür einsetzen, dass der künftige palästinensische Staat kein Bantustan-Staat wird.

Michel Warshawski lässt uns an seinem Pessimismus bezüglich der Wahlen (28.1.2003) teilhaben. Für ihn ist Amram Mitzna der einzige Führer der Arbeitspartei, der eine Politik vertritt, die mit der Politik der Koalition und von Barak bricht. Es gibt eine Verschiebung nach rechts, und die extreme Rechte hat Rückenwind. Seit dem 28. September 2000 heißt der Operationsplan „Blutet“ (Das Blut soll fließen!: das wurde in der Presse zitiert). Auch die Intellektuellen haben ihren Teil der Verantwortung für diese politische Situation. Sie haben nicht den Willen, Dinge in Frage zu stellen und sie zu ändern. Seine Freunde haben fürchterliche Angst vor dem Spiegeleffekt, den ein Krieg gegen den Irak in extremistischen Kreisen hervorrufen könnte: dass sich die Idee eines Krieges der

Zivilisationen festsetzt. Die Mauer bringt die Gettonalität der Israelis zum Ausdruck. „Eine Gesellschaft, die ihre Sicherheit durch eine Mauer verwirklicht, ist eine kranke Gesellschaft.“

Den Siedlungsgegnern geht es vor allem darum, diesem Kolonialismus in ihrer Gesellschaft den Kampf anzusagen: Wie kann man sich für GVO (genveränderte Organismen) interessieren, für die Verschuldung der armen Länder, für Umweltschutz, und dabei die palästinensische Frage ignorieren [15]?

Sie sind pessimistisch, was die Veränderung der Mentalität in Israel betrifft, und sie sind sich einig über die Bedeutung des internationalen Druckes. Die Fortschritte in Israel waren das Ergebnis eines externen Druckes (z.B.: Libanon). Auch sie fordern, wie in Ramallah und in Nazareth, die Entsendung einer Schutztruppe und die Aussetzung aller Assoziationsabkommen seitens der EU.

Ich möchte festhalten, dass all die Organisationen, die sich in Ramallah, Nazareth und Jerusalem getroffen haben, für einen Boykott israelischer Produkte sind, auch wenn die Aktivisten – wenn sie jüdische israelische Staatsbürger sind - das nicht offen äußern können.

Am letzten Tag unserer Mission, dem 2. Januar 2003, sind wir höchst zahlreich zur Moqata gegangen, um unsere Unterstützung für Yassir Arafat auszudrücken, der in den Augen des palästinensischen Volkes noch immer das Symbol des Widerstandes ist.

* * * * *

Die globalisierungskritische Bewegung hat die palästinensische Frage in ihren Kampf integriert, wie es von vielen auf dem Sozialforum in Florenz ausdrücklich gefordert wurde.

Auch Attac Frankreich hat die Integration dieser Frage in seine Arbeit während der nationalen Versammlung in la Rochelle vereinbart. Aber die Umsetzung muss **deutlicher** und konkreter Form gebracht werden.

[1] Seit unserer Rückkehr wurden zwei Universitäten geschlossen

[2] Altstadt, in der die palästinensischen Bewohner von fanatischen Siedlern terrorisiert werden. Den Palästinensern aus der Zone H1 ist der Zugang zur Zone H2 untersagt. Auf den Höhen von Hebron wurde eine weitere Siedlung errichtet, die bald durch eine Straße mit der Zone H2 im Herzen der Stadt verbunden werden soll. Diese Straße wird zum Sicherheitsbereich erklärt, eine weitere Einschränkung der Hebroner.

[3] Die Apartheidsmauer-Kampagne: www.stopthewall.org

[4] Ein Begriff der verwendet wird, wenn der Aufenthalt auf israelischem Gebiet für 10 Jahre verboten wird; somit wird es unmöglich, nach Palästina zu gehen.

[5] Belgischen, spanischen und philippinischen Delegationen, die am Forum teilnehmen wollten, wurde die Einreise verweigert.

[6] Palestinian Non-Governmental Organizations Network (Plattform der palästinensischen NGO's), Weltsozialforum, Arab NGO Network for Development Ta'ayush haben auch teilgenommen.

[7] DWRC: <http://dwrc.org> PARC: <http://www.pal-arc.org>

[8] Er leitet das alternative israelische arabisch-jüdische Informationszentrum in Verbindung mit der israelischen Antisiedlungsbewegung: AIC: <http://www.alternativenews.org>

[9] ITTIJAH () www.ittijah.org, ADALAH (The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel) Vereinigung zur juristischen Verteidigung der Rechte der arabischen Minderheit www.adalah.org, E'LAM (Center for Communication for Palestinians inside Israel), GALILEE Association www.gal-soc.org

[10] Im Oktober 2000 demonstrierten 13 israelische Araber zur Unterstützung der Intifada in Nazareth; sie wurden von der israelischen Polizei ermordet.

[11] Sie wurden hauptsächlich zwischen 1948 und 1966 für den Bau von Kibbuzim und neue Städte beschlagnahmt.

[12] Vor allem E'LAM (Kommunikationszentrum für Palästinenser in Israel).

[13] Histadrut : www.laborisrael.org

[14] Gush Shalom : www.gush-shalom.org Ta'ayush : <http://taayush.tripod.com/taayush.html>

Das Israel Committee Against Houses Demolitions (ICAHD), geleitet von Jeff Halper, kämpft gegen die Zerstörung palästinensischer Häuser (in Israel und den besetzten Gebieten) und hilft bei ihrem Wiederaufbau. ICAHD : www.icahd.org

[15] Michel Warschawski organisierte nach dem letzten Besuch José Bovés in Palästina eine Konferenz in Israel, um die Menschen für die palästinensische Frage zu interessieren. Die wenigen Personen die kamen, interessierten sich nur für das Thema der genmanipulierten Organismen (GMO).

[16] 1994 lebten im Westjordanland etwa 1,2 Millionen Palästinenser.

Übersetzung : *Monika Bootz* Korrekturlesen : *Christine Belakhdar*

cooriditrad@attac.org, ehrenamtliches Übersetzungs-Team

Florenz – 21.- 22. März 2003: Alternatives Weltwasserforum

eine Agenda für die Aktion: Wasserrechte für alle - Auszüge aus der Ankündigung -

1. WARUM EIN ALTERNATIVES WELTWASSERFORUM?

Das Bewusstsein und die Bürgermobilisierung über die Wasserproblematik ist in den letzten 5 Jahren angestiegen, vor allem bei denjenigen die in Lateinamerika, Asien oder Afrika Opfer einer "Entwicklung" sind, die den Zugang zu Trinkwasser für 1,5 Milliarde Menschen nicht erlaubt und 2,4 Milliarden vom Nutzen irgendwelcher Sanitäranlagen ausschließt. (...)

Das 3. Weltwasserforum, das in Kyoto stattfinden wird (vom 17. bis 22. März 2003), (...) **ist vor allem Ausdruck der neuen Weltwasseroligarchie, die sich in den letzten Jahren behauptet hat.** Diese Oligarchie beabsichtigt die Weltwasserpolitik so zu definieren und durchzusetzen, wie sie es als effizienter und rationaler betrachtet, das heißt, **das Modell der Privatisierung der Verwaltung der gesamten Wasserleistungen, bekannt als PPP (Public-Private Partnerships) – Öffentlich-private Partnerschaften.** (...) Das Weltwasserforum in Kyoto wird eine zügige Ritualfeier des Primats des Marktes, des Kapitals, der privaten Investitionen (...). Dies bietet keine konkrete Hoffnung für die unterprivilegierten und ausgebeuteten Völker des Planeten. Währenddessen, geht die Zerstörung des Süßwassers der Oberflächengewässer (Flüsse, Seen) und des Grundwassers (Schichten), sowie des Salzwassers (Meere, Ozeane) überall auf der Welt unaufhaltsam weiter.(...).

Aus diesem Grund haben wir uns entschieden am 3. Weltwasserforum des Weltwasserrates nicht teilzunehmen.

Einige der Vereinigungen, die Befürworter und Mitstreiter der Orientierungsprinzipien einer Weltwasserpolitik sind, welche auf die Anerkennung des Wassers als "Allgemeingut" und des Wasserzugangsrechts gegründet ist, werden bei dem Weltwasserforum in Kyoto anwesend sein. Sie werden es aber mit der Absicht tun die Fragestellungen und Themen, die noch einmal von dem Welt Wasser Rat und von der Globalen Wasser Partnerschaft vorgeschlagen werden, kritisch zu entgegnen.

Diese Option verdient Respekt. Unsere Aktion hat zum Ziel ein autonomes Treffen mit anderen Inhalten durchzuführen. Daher die Organisation eines **Alternativen Weltwasserforums.**

2. DIE ZIELE DES ALTERNATIVEN WELTWASSERFORUMS

(...).

Das *Alternative Weltwasserforum* geht von folgenden Forderungen aus:

- *verfassungsmäßige Anerkennung des Wasserzugangs als universales Menschen- und Sozialrecht;*

Unteilbar und unverjährbar. Das Forum setzt sich das Ziel konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, die allen Menschen Wasserzugang für den Zeitraum von 15-20 Jahren zu sichern;

- *verfassungsmäßige Anerkennung des Wassers als Allgemeingut* (auf allen Organisationsebenen der Gesellschaft), das unentbehrlich für das Leben der Menschheit auf dem Planeten ist. Das Forum bestätigt seine klare Opposition zu allen Formen der Privatisierung und Kommerzialisierung des Wassers und demzufolge, seine Opposition zum Einbezug des Wassers auf der Liste der verhandelbaren Dienste im Rahmen des GATS/WTO;

- *Anerkennung der kollektiven, öffentlichen Finanzierung*, zur Deckung der notwendigen Kosten um das Wasserzugangsrecht für alle und das Eigentum, die Verwaltung, den Betrieb und die Erhaltung des gesamten Wasserzyklus als Allgemeingut zu sichern;

- *die Förderung von demokratischen und partizipativen Aktivitäten*, die erneute Anstrengung der Aktivitäten der repräsentativen Demokratie auf dem Wassersektor und der Gewässerverwaltung im Lande, beginnend bei den selbstständigen Basisgemeinden und endend bei der Weltgemeinschaft (Bildung einer Weltwasserautorität, die mit juristischer, legislative und sanktionierende Macht ausgestattet ist, wie es der Fall – als rein technokratisches Mittel - bei dem Resolutionsorgan der WTO Streitfälle ist.

3. ORGANISATION DES FORUMS

Das 1. Weltwasserforum wird von einem **Durchführungskomitee** initiiert, deren ersten Vertreter *das internationale Komitee des Weltwasservertrages und die Weltkoalition gegen die Privatisierung des Wassers* sind. (...) Die Organisation des 1. Weltforums ist einem **Internationalen Organisationskomitee**, (...) anvertraut.. (...)

Die Koordinierung des Organisationskomitees obliegt dem Italienischen Komitee für den Weltwasservertrag unter Leitung von Riccardo Petrella mit Sitz in Mailand.

Die Vereinigungen, Gruppen, Bewegungen, die sich mit diesem Dokument identifizieren und Interesse an der Durchführung des Alternativen Weltwasserforums oder der Seminare haben, können sich bei dem **Organisationskomitee** auf der Webseite der Kampagne **www.contrattoacqua.it** anmelden.

Fassung vom. 13.01.2003

Dienste ohne Grenzen? GATS, Privatisierung und die Folgen für Frauen

Internationaler Kongress

Fachhochschule Köln , Mainzer Str.5, 9. bis 11. Mai 2003

Frauen sind weltweit die wichtigsten Dienstleisterinnen. Um Dienstleistungen geht es bei GATS (General Agreement on Trade in Services), dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. GATS ist eines der Freihandelsabkommen der WTO, der Welthandelsorganisation, und hat die Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung des gesamten Dienstleistungssektors zum Ziel. Zur Zeit sind die Regierungen dabei zu entscheiden, welche Dienstleistungsbereiche sie privatisieren und für den weltweiten Wettbewerb freigeben wollen. Dies wird einschneidende Auswirkungen auf uns alle haben. Trotzdem ist die Öffentlichkeit von Informationen über diesen Entscheidungsprozeß bisher ausgeschlossen.

GATS schließt etwa 150 Dienstleistungsbranchen ein: Versicherungen und Banken, Verkehr und Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung, aber auch Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung, Bildung, Kultur und Tourismus wie auch sämtliche sozialen Dienste von der Altenpflege bis zur Jugendhilfe. Bisher liegen zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand. Teilweise werden sie von gemeinnützigen Vereinen mitgetragen. Sie alle sollen im Rahmen des GATS-Abkommens für internationale Anbieter geöffnet werden.

In den Ländern des Südens erfolgten bereits seit zwanzig Jahren im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen Kürzungen sozialer Programme und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Dadurch sollten die überschuldeten Staatshaushalte saniert werden. Dies gelang nicht. Stattdessen entstand ein Zwei-Klassensystem z.B. im Bildungswesen: gut ausgestattete Privatschulen für die Zahlungsfähigen, ein miserables Bildungsangebot im maroden öffentlichen Schulsystem für die Armen. Die soziale Kluft zwischen Reichen und Armen wurde dadurch vertieft.

Wegen leerer Kassen ist auch in deutschen Kommunen die Privatisierung öffentlicher Güter bereits voll im Gange. Städte und Gemeinden versuchen, ihre Finanzlöcher durch den „Verkauf des Tafelsilbers“, sprich: des öffentlichen Eigentums zu stopfen, teils durch dubiose grenzüberschreitende Leasing-Geschäfte, teils durch direkten Verkauf von Krankenhäusern, Schulen oder Sozialwohnungen.

Die Folgen der Privatisierung von elementaren Dienstleistungen sind schon jetzt zu beobachten:

- bisher sind Staat und Kommunen nach dem Solidarprinzip für die Grundversorgung aller verantwortlich, gleich wie arm oder reich, ob jung oder alt, krank oder gesund. Öffentliche Güter sind unter öffentlicher Kontrolle. Für Konzerne ist dagegen das Gewinnprinzip handlungsleitend. Sie investieren dort, wo Profite zu erwarten sind. Den BürgerInnen sind sie keine Rechenschaft schuldig.
- Deregulierung und Effizienzsteigerung bedeuten Abbau von Arbeitsplätzen, Zunahme prekärer

Beschäftigungsverhältnisse, verschärften Konkurrenzdruck, weniger Solidarität.

- Gemeinwohlorientierung und Daseinsvorsorge werden der Gewinnorientierung geopfert: Nach der Privatisierung der Wasserversorgung stiegen die Preise in Cochabamba, Bolivien, um 100 Prozent, in der philippinischen Hauptstadt Manila um 50 Prozent.
- Wirtschaftlichkeit rangiert vor Qualität: In England funktionieren Wasser-, Energie- und Verkehrsbetriebe schlechter als vorher, die Qualität der Pflege in privaten Krankenhäusern in Kanada und den USA sinkt.

Was bedeuten diese Veränderungen für Frauen?

Überall auf der Welt sind es vor allem Frauen, die Dienstleistungen im Bereich der Grundversorgung erbringen, ob sie nun als Lehrerinnen oder Krankenschwestern im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, ungeschützt und schlechtbezahlt als Altenpflegerin oder Hausangestellte arbeiten oder unbezahlt als Hausfrauen Sorgearbeit leisten. In vielen Ländern ist der öffentliche Sektor bisher ein wichtiger Arbeitgeber für Frauen, bei dem sie sozial abgesicherte Jobs finden.

Wo privatisiert wird, werden in der Regel zuerst gering qualifizierte Frauen entlassen. Arbeitsplätze werden informalisiert, in Teilzeit- und Billigjobs verwandelt und Frauen zur Gründung von „Ich-AGs“ gedrängt. Rationalisierung und Reduzierung staatlicher Leistungen haben zur Folge, dass soziale Dienstleistungen vom bezahlten in den unbezahlten Sektor verschoben werden. Dort übernehmen sie Frauen in den Haushalten oder als Ehrenamt in den Kommunen.

Zudem sind Frauen – besonders alleinerziehende und arme Frauen – auf erschwingliche öffentliche Dienstleistungen angewiesen.

GATS wird die unbezahlte Arbeit von Frauen erhöhen und die soziale Polarisierung vertiefen. Im Norden wie im Süden und Osten.

Stand der GATS-Verhandlungen

GATS wurde 1994 in das Vertragswerk der WTO aufgenommen. Es wird im September 2003 bei der WTO-Ministerratskonferenz in Cancun zentraler Verhandlungsgegenstand sein. Die Verhandlungen finden nicht öffentlich statt und werden weitgehend geheim gehalten. Zwar behauptet die WTO, Regierungen könnten frei entscheiden, welche Dienstleistungsbranchen sie dem freien Markt öffnen wollen. Doch große Dienstleistungs-konzerne üben Druck auf Regierungen im Süden und Norden aus, globale Konkurrenz zuzulassen. Ist ein Land einmal Liberalisierungsverpflichtungen eingegangen, dann ist eine Privatisierung kaum noch rückgängig zu machen. Wie in anderen Ländern auch, ist die Bevölkerung in Deutschland über das GATS-Abkommen, den Stand der Verhandlungen und die zu erwartenden Auswirkungen uninformatiert und wird vor vollendete

Tatsachen gestellt. Das gesamte Verfahren ist in hohem Maße undemokratisch.

Wir laden zu einem **internationalen Kongress** nach Köln ein, bei dem wir die Auswirkungen von GATS auf Frauen im Süden und Norden in vier Bereichen untersuchen wollen: **Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung** und **soziale Dienste**. Hauptziel ist die Aufklärung über die sozialen, ökonomischen und politischen Folgen dieser Politik. Dabei wollen wir von den Erfahrungen von Frauen aus verschiedenen Ländern, vor allem aus dem Süden lernen.

Betroffene werden aus ihren Arbeitsbereichen berichten, der Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge wird unter die Lupe genommen,

die Folgen von WTO/GATS auf der globalen Ebene werden analysiert, Widerstandsmöglichkeiten und Alternativen werden sondiert.

Die Zusammenhänge zwischen der persönlichen, der lokalen und der globalen Ebene sollen durchsichtig und verstehbar werden.

Dieser Kongress wird vom **FrauenNetz attac** organisiert und ist Teil der Stoppt-GATS Kampagne 2003 von attac.

Er wird unterstützt von Frauenorganisationen, dem Institut für Geschlechterstudien und dem ASTA der FH Köln.

Kontaktbüro: Maria Mies, Blumenstr.9, 50670 Köln, Tel.: 0221 135249, mariamies@aol.com

Anmeldecoupon:

Name: _____

Adresse: _____, _____ - _____

Ich möchte mich für den Kongress „Dienste ohne Grenzen? GATS, Privatisierung und die Folgen für Frauen“ anmelden. Die Kongressgebühr in Höhe von Euro 15 überweise ich an den Förderverein des Frauenhauses Kassel e.V., Kasseler Sparkasse BLZ 520 503, Konto Nr. 11 89 140, Stichwort GATS-Kongress. Ich sende entweder diesen Coupon an das ATTAC-Bundesbüro, Münchner Straße 48, 60329 Frankfurt, Fax 069-900 281 99, oder schicke eine email mit Name und Adresse an info@attac.de (Betreff: „Frauen-GATS-Kongress“).
www.attac.de/frauenkongress.

ANIMA AUF SOZIALFOREN

Barbara Waschmann, Mitglied der Arbeitsgruppe "Offenheit und Vernetzung" in Vorbereitung des Austrian Social Forums, Hallein, 28. bis 31. Mai 2003

Heute ist nicht mehr die Zeit für eine Politik der "kleinen Schritte" - große Schritte sind notwendig geworden.

Sozialforen sind Veranstaltungen der zivilen Gesellschaft, die nicht nur dem neoliberalen Projekt - der Globalisierung durch transnationale Konzerne und den darin inbegriffenen Kriegen - kritisch und differenziert gegenübersteht, sondern vielmehr konstruktiv nach wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitischen Alternativen sucht.

Das Austrian Social Forum (ASF) Ende Mai 2003 in Hallein dient als offener Raum zur Diskussion und Vernetzung der sozialen Ideen und Bewegungen in Österreich vor globalem Hintergrund. Der Prozess der - wie ich es nennen möchte - moralisch-ethischen Kulturrevolution ist angelaufen.

Sowohl auf internationaler Ebene wie auch auf im täglichen Umgang wird die "anima" vermisst. Der weibliche Zugang fehlt auf den Podien, in den Diskussionen, auf den TV-Monitoren..

Dem Austrian Social Forum (ASF) tut es gut, unter dem Motto "Eine andere Welt ist möglich" auch die stärkere Beteiligung gesellschaftlich marginalisierter Gruppen zu verstehen. So sollen in jedem Themenvorschlag Frauen- und MigrantInnen-spezifische Aspekte berücksichtigt werden. Geschlechtsneutraler Schreibstil, Quotenregelung für die

Besetzung von Podien und der Abgabe von Presse-Statements sowie organisatorische Maßnahmen wie RednerInnen-Listen sind in Planung. Eine "Frauen-Insel" wurde vorgeschlagen. Bei der Gestaltung dieses "women only"-Bereiches wäre eine Übergangzone wünschenswert, in der beispielweise Seminare zur Gleichstellung der Geschlechter abgehalten werden. Dadurch ließe sich die Unfähigkeit, sich geschlechtsneutral zu artikulieren, verbessern und die Angst der Männer vor Frauen und Feministinnen ein wenig aufheben.

Die Programm-Arbeitsgruppe des ASF hofft auf Beiträge wie das Feministische Regierungsprogramm (FemReg), das von zahlreichen Frauen-Organisationen im Okt 02 konkret entworfen wurde.

Nicht nur das GATS (general agreement on trade in services) - das seitens der Welthandelsorganisation geplante Abkommen zur Liberalisierung von Dienstleistungen, darunter auch die Hochsicherheitsbereiche der Grundversorgung - wirkt sich, einmal ausgehandelt, in gehörigem Maße auf die Situation der Frauen aus: Denn Frauen sind im Dienstleistungssektor besonders stark vertreten. Sobald Sozialsysteme privatisiert werden, fallen soziale Aufgaben - Alten-, Kranken-, Kinderbetreuung - in den "Schoß der Familie" zurück. Und Angst bindet an den Herd.

Es ist wichtig zu wissen, dass im Rahmen des FTAA/ALCA (Free Trade Area of the Americas - der Ausdehnung der NAFTA-Freihandelszone auf gesamt Lateinamerika unter militärischer "Absicherung") die sogenannte maquiladora-Wirtschaft blüht. Dies bedeutet, dass ganz im Stile des europäischen Imperialismus zumeist indigene Völker enteignet und aufgrund mangelnder Bildung in einer Art verfremdeten Arbeitslager unter menschenunwürdigen Umständen arbeiten. Noch besser ist allerdings, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Auch die Beteiligung von Frauen im Krieg ist ein nicht unstrittiger Punkt. Abgesehen von "Kanonenfutter"-Produktion, koordinieren sie Kampfeinsätze und arbeiten in Waffenfabriken.

Allerdings ist aufgrund des ominösen Null-Defizits bei vielen Frauen-Organisationen in Österreich die Luft raus, denn hierzulande wird nur eine besondere, patriarchale Art

des kulturell-künstlerischen Ausdrucks subventioniert. Und der "offene Gestaltungsprozess" beim ASF will auch erst gelernt sein: So ist für das nächste überregionale Vorbereitungstreffen am 29.03.03 in Graz ein gender mainstreaming-Exkurs geplant.

In diesem Sinne bitte ich am Internationalen Frauentag auch die bereits müde gewordenen Frauen ein weiteres Mal darum, zur Realisierung einer anderen möglichen Welt beizutragen.

Link-Empfehlungen:

Austrian Social Forum (ASF), <http://www.socialforum.at> - [<mailto:asf_vernetzung@socialforum.at>](mailto:asf_vernetzung@socialforum.at)

European Social Forum (ESF/FSE), <http://www.fse-esf.org>

World Women's Security Council, <http://www.world-womens-security-council.org>, <http://www.sheherazade.org>

stopp GATS-Kampagne Österreich, <http://www.stoppgats.at>

Wien: KünstlerInnen singen für den Schuldenerlass Benefiz-CD zugunsten des Schuldenerlasses für die Dritte Welt

Internationale KünstlerInnen setzen sich auf der ab 28. Februar auch in Österreich erhältlichen CD "Drop the Debt" für einen Erlass der Schulden ein. Die bisherigen Entschuldungen haben bereits positive Wirkung gezeigt. Aber um Armut dauerhaft zu beseitigen, muss noch viel mehr getan werden.

Jedes Jahr sterben Tausende Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika auf Grund mangelnder medizinischer Versorgung, weil ihre von Schuldendienstzahlungen ausgebluteten Regierungen keine Gesundheitsprogramme finanzieren können. "Viele Entwicklungsländer geben einen größeren Teil ihres Budgets für Schuldenzahlungen aus als für soziale Einrichtungen wie Gesundheit, Bildung oder Wasserversorgung", erläutert Cornelia Staritz von ATTAC Österreich. "Es ist inakzeptabel, dass lebenswichtige Grundbedürfnisse der Bevölkerung zugunsten von Zahlungen an die Gläubiger im Norden geopfert werden. Dieser Zustand muss nun endlich geändert werden."

Nur den ärmsten, am höchsten verschuldeten Ländern wird nun endlich ein Teil der Schulden unter den harten Bedingungen des internationalen Währungsfonds und der Weltbank erlassen. "Das Entschuldungs-Programm zeigt bereits Wirkung", so Martina Neuwirth, Koordinatorin der Jubilee-2000-Kampagne in Österreich. "So stiegen in zehn Ländern die Bildungsausgaben von 930 Millionen Dollar im

Jahr 1998 auf 1.306 Millionen Dollar im Jahr 2002. Im selben Zeitraum stiegen die Gesundheitsausgaben um 70% an. Die Befürchtungen vieler Entschuldungs-KritikerInnen, frei werdende Budgetmittel könnten für Militärausgaben verwendet werden, haben sich nicht bewahrheitet."

Aber genügt das? Nein. Der Schuldendienst muss auf ein so niedriges Niveau reduziert werden, dass die Länder effiziente Armutsbekämpfungs-Programme und öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung finanzieren können.

"Mit der "Drop the Debt"-CD sollen PolitikerInnen nun wachgerüttelt werden", so Christoph Moser vom Hoanzl Verlag, der die "Drop the Debt"-CD in Österreich in Kooperation mit ATTAC vertreibt. "Prominente MusikerInnen, vor allem aus Afrika und Lateinamerika, haben für die CD ihre schönsten, kraftvollsten, traurigsten und engagiertesten Songs aufgenommen. Diese Lieder gehen als Appell für eine Schuldenstreichung über die ganze Welt", so Heinzl abschließend.

**Die CD "Drop the Debt" kann bei ATTAC Österreich,
Tel: (01) 54 641-430, Fax: (01) 54 641-435 ,
E-Mail: cd@attac-austria.org,
Homepage: www.attac-austria.org bestellt werden.
Rückfragehinweis: Cornelia Staritz: 0699 / 10 33 98 31
presse@attac-austria.org**